

Forum Integration im Raum

Dialog zur Raumrelevanz der Integrationspolitik

**Dokumentation
16.-17. Dezember 2010**

**Eine Veranstaltung des Bundeskanzleramtes
Abteilung IV/4, Koordination –
Raumordnung und Regionalpolitik**

Impressum:

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundeskanzleramt, Abteilung IV/4 Koordination – Raumordnung und Regionalpolitik,
Ballhausplatz 2, 1014 Wien

Redaktion:

ARGE Integrationsberatung

Autorin/Autor:

Sabine Aydt, Leo Baumfeld, Wilfried Bertsch, Heinz Fassmann, Eva Grabherr, Wolf Huber, Günther Kienast, Thomas Madreiter, Theodora Manolakos, Bernhard Perchinig, Nilgül Raeke, Georg Schadt, Martin Weber, Sybilla Zech

Inhaltliches Lektorat:

Sabine Aydt, Franjo Steiner

Mitarbeit bei Recherche:

Laura Monnig

Fotonachweis:

ÖAR Regionalberatung: Leo Baumfeld, Laura Monnig

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind vorbehalten. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundeskanzleramtes und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtsausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Wien, 2011

Vorwort

Zuwanderung ist zu einer zentralen Größe des demografischen Wandels in Österreich geworden. Damit gewinnt die Integrationspolitik als wichtiger Bezugspunkt für wirtschaftliche, gesellschaftliche und raumbezogene Entwicklungsstrategien zunehmend an Bedeutung. Mit Ausnahme der Bereiche Wohnungs- und Stadtteilpolitik finden die raumbezogenen Herausforderungen der Integrationspolitik, die längst über die städtischen Großräume hinausgehen, jedoch im Rahmen der Raum- und Regionalentwicklungspolitik noch wenig Beachtung.

Ziel der auf den folgenden Seiten dokumentierten Veranstaltung des Bundeskanzleramtes, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, war es daher, einen Dialog zwischen den AkteurInnen der Raumpolitiken und der Integrationspolitik zu eröffnen, der über anlassbezogene Maßnahmen auf lokaler bzw. städtischer Ebene hinausgeht. Die Veranstaltung steht in engem Zusammenhang mit den Arbeiten am *Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011 (ÖREK 2011)*, das vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen in Österreich erstmals eine Brücke zwischen Raum- und Integrationspolitik schlägt. Es besteht seitens des Bundeskanzleramtes und weiterer Mitglieder der *Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK)* die Absicht, diese Arbeiten in eine sogenannte *ÖREK-Umsetzungspartnerschaft* zu raumbezogenen und regionalen Fragen der Integrationspolitik überzuführen.

Die Einladung zum Dialogforum richtete sich insbesondere an TrägerInnen, AkteurInnen oder AnsprechpartnerInnen der Raumpolitiken und der Integrationspolitik auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene. Weiters an Mitwirkende an der Erarbeitung des *Österreichischen Raumentwicklungskonzepts*, des *Nationalen Aktionsplanes Integration* oder an der Umsetzung regionaler und kommunaler Integrationsleitbilder und -strategien. Hierbei hat sich bewährt, dass ein fruchtbarer Dialog zum Thema des Forums nur in einem fach- und ebenenübergreifenden Format unter Einbeziehung der relevanten Maßnahmenträger zu führen ist. Unser Dank gilt daher insbesondere den ReferentInnen und TeilnehmerInnen, die sich mit Neugier und Engagement auf diesen spannenden Dialog eingelassen haben und damit eine gute Grundlage für fortführende Aktivitäten geschaffen haben. Weiters dem Team der *ARGE Integrationsberatung*, die mit Kompetenz und Umsicht das *Forum Integration im Raum* vorbereitet, gestaltet und dokumentiert haben.

Die komplette Dokumentation des Dialogforums mit Redebeiträgen, Präsentationen und Fotodokumenten können auf der Website des Bundeskanzleramtes heruntergeladen werden: www.bundeskanzleramt.at/regionalpolitik.

Wolf Huber

Leiter der Abteilung IV/4

Koordination Raumordnung und Regionalpolitik

Inhaltsverzeichnis

1	Ergebnisse und Kernfragen	6
	Georg SCHADT, Bundeskanzleramt	
2	Welche Realitäten und Herausforderungen einer pluralistischen, von Migration geprägten Gesellschaft sind für Raumentwicklung relevant?	12
	Heinz FASSMANN, Universität Wien, Inhaltlicher Koordinator Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2011 (ÖREK 2011)	
3	Perspektive Integration: Worin kann der Beitrag von Raum- und Regionalpolitiken zu erfolgreichen Integrationsprozessen bestehen?	16
	Theodora MANOLAKOS, MA 17, Integration und Diversität, Wien	
4	Perspektive Raum: Wie können in der Raumentwicklung die Bedürfnisse einer pluralistischen Gesellschaft berücksichtigt werden?	19
	Thomas MADREITER, MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung, Wien	
5	Gestaltungsmöglichkeiten auf Gemeinde-, Länder- und auf Bundesebene	22
6	ExpertInnen-Feedback zum 1. Tag.....	29
	Bernhard PERCHINIG, Uni Wien, Perspektive Integration Sybilla ZECH, TU Wien, Perspektive Raumentwicklung	
7	Landkarte für gute Beispiele	33
	Sabine AYDT, Donau-Universität Krems	
8	Recht und Verwaltung	35
	Martin WEBER, Gemeinderat Wiener Neustadt	

9	Wirtschaftliche Ressourcen.....	39
	Nilgül RAEKE, Mingo Migrant Enterprises der Wirtschaftsagentur Wien	
10	Räumliche Partizipation	44
	Eva GRABHERR, Okay.Zusammen Leben Vorarlberg	
11	Kommunikationsräume.....	47
	Günther KIENAST, Partizipationswerkstatt OG	
12	Entwicklungspartnerschaften	50
	Wilfried BERTSCH, Land Vorarlberg, Abteilung Raumplanung und Baurecht	
13	Abschlussstatement.....	55
	Wolf HUBER, Bundeskanzleramt; Abteilung Koordination - Raumordnung und Regionalpolitik	
14	Organisation	58
15	Anhang.....	59
	Programm der Veranstaltung.....	59
	Thesenpapier: Forum Integration im Raum.....	62
	TeilnehmerInnen	66
	Literatur und Links	73

1 Ergebnisse und Kernfragen

Georg SCHADT, Bundeskanzleramt



Ein anspruchsvoller und vielversprechender Dialog

Einen Dialog zwischen Raum- und Integrationspolitik zu eröffnen, stellte sich als durchaus anspruchsvolles, aber auch vielversprechendes Unterfangen heraus: Anspruchsvoll, weil diese Politikbereiche inhaltlich nur in Teilbereichen und institutionell kaum je aufeinander bezogen sind. Die Auseinandersetzung mit der zunehmend pluralistischen und von Zuwanderung geprägten Gesellschaft Österreichs findet zudem in unterschiedlichen Akteursgruppen und jeweils vor anderen Foren statt. Selbst die zentralen Begriffe „Raum“ und „Integration“ werden in den jeweiligen Fachbereichen unterschiedlich verwendet und mit unterschiedlichem Bedeutungsgehalt versehen. Der Orientierungsbedarf zur räumlichen Dimension der Integrationspolitik ist dementsprechend groß.

Vielversprechend war dieser beginnende Dialog insofern, als die TeilnehmerInnen raumbezogene Fragen der Integrationspolitik übereinstimmend als höchst relevant einstufen. „Integration und Diversität ist *das* Mainstreamingthema der Zukunft“ (Schmeissner-Schmidt). Schon im ersten Anlauf konnten eine Vielzahl von Ansatzpunkten identifiziert werden, wie Raumplanung, Raumentwicklungs- und Regionalpolitik den Ansprüchen und Bedürfnissen einer vielfältigeren Gesellschaft besser entsprechen könnte. Sei es im Rahmen räumlicher Konzepte und Entwicklungsleitbilder, der kompetenten Begleitung von Etablierungsprozessen neuer oder bislang unzureichend beteiligter Bevölkerungsgruppen. Sei es im Rahmen aktiver, auch am Arbeitskräftepotential und an der unternehmerischen Aktivität von Zuwanderern orientierter Standortpolitik. Oder sei es bei der Gestaltung öffentlicher Räume und des Wohnumfeldes im Kernbereich der örtlichen Raumplanung.

Diese vielversprechenden Ansätze gehen in der Regel auf nachholende wie auch vorausschauende Strategien und Maßnahmen auf lokaler und städtischer Ebene zurück. Damit wird auf die veränderten demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen jeweils dort, wo die praktische Integrationsarbeit zu leisten ist, reagiert. Im Rahmen des Forums konnte exemplarisch eine Landkarte solcher guter Beispiele vorgestellt und diskutiert werden. Dessen ungeachtet sind diese Entwicklungen oft nur anlassbezogen, regional unvernetzt und von einer erheblichen Ungleichzeitigkeit geprägt: Von ersten Ansätzen zur Verbesserung des Wohnumfeldes für BewohnerInnen unterschiedlicher Herkunft in einem Fall bis zur Umsetzung einer anspruchsvollen diversitätsorientierten Stadtentwicklungspolitik im anderen Fall.

Anspruch und Wirklichkeit

Die Themen Zuwanderung und Integration sind also noch lange nicht im Mainstream der raumbezogenen Politiken angekommen. Insgesamt lässt sich vielmehr ein Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit raumordnungs- und regionalpolitischer Zielsetzungen feststellen, die ja grundsätzlich auf die Gesamtheit der BürgerInnen und das Gemeinwohl abstellen: In den Raumordnungsgesetzen der Bundesländer ist „*Raumplanung- und Raumordnung (...)* die vorausschauende Gestaltung eines Gebiets. Sie (...) nimmt dabei Bedacht auf (...) die abschätzbaren *wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der BewohnerInnen* und die *freie Entfaltung der Persönlichkeit* in der Gemeinschaft.“ (Zech). *Regionalpolitik* wiederum wird meist als sektorübergreifender Politikansatz verstanden, die *spezifischen Talente, Fähigkeiten und Ressourcen der in der Region lebenden Menschen* zu mobilisieren und für Entwicklungsprozesse nutzbar zu machen. Bei den konkreten planerischen und regionalpolitischen Maßnahmen steht dann dessen ungeachtet oft implizit der „mittelständische Inländer“ Pate. Die spezifischen Lebenshintergründe, Bedürfnisse und Potentiale migrantischer Bevölkerungsteile werden in der Regel nur unzureichend wahrgenommen (Huber).

Letzten Endes darf hierbei auch nicht das allgemeine gesellschaftspolitische Umfeld von Planungsprozessen ausgeblendet werden: So sehr auf akademischer Ebene mittlerweile auch sozialräumliche Zugänge integrativer Bestandteil des planerischen Verständnisses geworden sind, so wenig verbreitet ist in der Planungspraxis die Bereitschaft vieler beteiligter AkteurInnen zur aktiven Auseinandersetzung mit den Herausforderungen einer von Zuwanderung geprägten Gesellschaft (Zech) .

Perspektivenwechsel und Sensibilisierung

Raumentwicklungspolitik. Deutlich wurde in der Diskussion, dass sich die PlanerInnen und die AkteurInnen der Raumentwicklungspolitik zum Teil von gewohnten Sichtweisen trennen und die Realität der Neuzuwanderung aber auch des Bestandes an Zugewanderten vermehrt in den Blick nehmen müssen:

- **Raumentwicklung als steuerndes Element.** Zuwanderung weist in Österreich schon lange nicht mehr die Merkmale einer Gastarbeiterwanderung auf. Sie ist vielmehr ein „strukturelles Element einer wachsenden Volkswirtschaft bei gleichzeitig sinkender demographischer Reproduktion“. Um als Standort attraktiv zu bleiben, muss Raumentwicklung künftig „als steuerndes Element einer aktiven Zuwanderung und nicht als Reparaturinstanz verstanden“ werden (Fassmann).
- **Niederlassungsmodell und darüber hinaus.** Während im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik schon viel gewonnen wäre, wenn konzeptiv vom Rotationsmodell zum Niederlassungsmodell übergegangen würde (Biffel), muss insbesondere die Stadtplanung schon einen Schritt weiter gehen: Im Zeitalter transnationaler Migration und der Pluralisierung der Gesellschaft

„werden Räume zunehmend für unterschiedliche Zwecke und Zeiträume genutzt“. Migration bedeutet also gleichzeitig Bewegung und Niederlassung (Manolakos).

- **Zuwanderung als Standortfaktor.** Zuwanderung ist nicht nur ein demographischer, sondern ein eminent ökonomischer Faktor, wie sich etwa am Ringen der Wirtschaftsverbände, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen um qualifizierte ausländische Arbeitskräfte oder am Anteil migrantischer UnternehmerInnen in Wien ablesen lässt. „Die Stadtentwicklung betrachtet die Vielfalt der Bevölkerung als Potential, insbesondere auch als ökonomische Chance“ (Madreiter). Diesem Potential muss die regionale Standortpolitik künftig verstärkt und auch jenseits der städtischen Ballungsräume Rechnung tragen. „Die Potentiale mittelgroßer Städte sind hier noch zu wenig ausgeleuchtet“ (Güngör).
- **Raubegriff.** Planungsexperten beschäftigen sich zumeist mit dem physischen Raum, verstanden als Gefäß oder konkreter Ort für ökonomische und soziale Aktivitäten. In diesem Kontext werden z.B. räumliche Segregationsprozesse ethnischer oder sozialer Gruppen im Siedlungsbereich untersucht. In einem um das raumbezogene Handeln der sozialen Akteure erweiterten Raumverständnis „verschiebt sich die Fragestellung von der Analyse der Zuordnung sozialer Gruppen zu räumlichen Einheiten zur Untersuchung des Raums als sozialer Ressource und der (verschiedenen) Aneignungsformen des Raums“ (Perchinig). Ein solcherart „um die sozialen Komponenten erweiterter Raumbegriff“ (Bertsch) lenkt die Aufmerksamkeit der Planung auf die Bedingungen erfolgreicher und von der Mehrheitsgesellschaft nicht als Verlust an Lebensqualität empfundener räumlicher Etablierung von Zuwanderern und der hierfür notwendigen sozialen Aushandlungsprozesse.
- **Prozess- statt Ergebnisorientierung.** Das Augenmerk der Raumplanung sollte daher insbesondere der Qualität des Planungsprozesses einschließlich der (voraussetzungsvollen) Partizipation migrantischer Bevölkerungsgruppen gelten. Dies wird „zunehmend zu einem Qualitätsmaßstab für die Planung“ (Madreiter). Hierbei sind insbesondere drei Gestaltungsbereiche relevant: „die vielfältige Nutzung von Siedlungsgebieten, die Gestaltung von Freiräumen und öffentlichen Räumen und die Infrastrukturen im weiteren Sinne“ (Schmeissner-Schmidt).
- **Offene und partizipative Planungsansätze.** Die Funktionalität der öffentlichen Räume und Infrastrukturen hinsichtlich der unterschiedlichen Nutzergruppen ist von entscheidender Wichtigkeit. Ihre von unterschiedlichen Lebenslagen und Potentialen geprägten Bedürfnisse können sich erst während der konkreten Nutzung herausstellen. Für die Planung sollten daher nicht primär gestalterische Interessen im Vordergrund stehen, „sondern die Funktionalität und die emergente Gestaltungsmöglichkeit des ›Unfertigen‹“. (Madreiter).
- **Soziale Räume.** Vielfach verschiebt sich die Aufgabe der Entwicklungsplanung in Richtung der Schaffung von Räumen, die als „soziale Räume“ dienen können. In der eigenständigen Regionalentwicklung ging es dementsprechend immer darum, soziale Räume zu unterstützen, sich selbst zu entwickeln (Scheer), aber auch Themen zu suchen, die sich von selbst weitertragen (Bertsch). In Kerngebieten mit hohem Nutzungsdruck steht die Raumplanung vor der schwierigen Aufgabe, solche sozialen Räume (z.B. Orte der Begegnung, öffentliches Grün, Kulturstätten) für künftige Nutzungen zu sichern.

- **Gemeinnützige Wohnungspolitik.** Die Bedeutung der Wohnungspolitik für gelingende Integrationsprozesse ist weithin anerkannt, ein österreichisches Spezifikum ist jedoch die besondere Verantwortung, die hierbei den gemeinnützigen Trägern zukommt. Über Besiedlungs- und Qualitätsmanagement, Konfliktprävention und -mediation haben die Gemeinden und öffentliche Wohnbauträger wichtige Einflussmöglichkeiten auf die Dynamik und den Verlauf des Integrationsprozesses.
- **MigrantInnen als Subjekte der Raumentwicklung.** Zu wenig Beachtung findet bislang die Tatsache, dass MigrantInnen nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte räumlicher Entwicklungsprozesse sind und sich vielfach bereits „auf eigene Rechnung“ räumlich, sozial oder wirtschaftlich etabliert haben (Yildiz). Räumliche Segregation muss vor diesem Hintergrund nicht notwendiger Weise negativ bewertet werden, sofern für die BewohnerInnen eine Wahlmöglichkeit besteht (Madreiter). Es gibt in diesem Sinne keine „gesunde“ soziale und funktionale Mischung von Räumen (Manolakos), wohl aber Handlungsbedarf, wenn räumliche Konzentrationsprozesse mit einem Verlust an Lebensqualität für die aufnehmende wie die zuwandernde Bevölkerung einhergehen.
- **Migrationsprozesse im ländlichen Raum.** Im Fachdiskurs kaum wahrgenommen wird die Bedeutung von Migrationsprozessen abseits der städtischen Ballungsräume, auf die sich integrationspolitische Studien und Aktivitäten bislang konzentrieren. Von diesem Wahrnehmungsproblem zeugt die Tatsache, dass die Entwicklung von Integrationsleitbildern auf kommunaler oder Landesebene in den letzten Jahren nur in Form einer „stillen Revolution“ (Güngör) erfolgt ist. Erst langsam dringt in das Bewusstsein von ExpertInnen und Handlungsträgern, dass migrantische Bevölkerungsgruppen für die Entwicklungsperspektiven von ländlichen Gebieten, Industriestandorten und Bezirksstädten oft einen erheblichen Faktor darstellen. Der Ansatz der eigenständigen Regionalentwicklung hat zwar gesellschaftliche „Vielfalt als Entwicklungsressource“ erkannt (Scheer), Motive, Bedingungen und Auswirkungen von Migrationsbewegungen und Integrationsprozessen in ländlichen Regionen sind jedoch kaum erforscht oder systematisch aufbereitet. Sie sind die „Terra incognita“ der Migrations- und Integrationsforschung.
- **Vertikale und horizontale Politikkoordination.** Gegenwärtig existieren in Österreich im Bereich der Integrationspolitik kaum Strukturen und Plattformen für Maßnahmenträger oder Gebietskörperschaften übergreifende Politikkoordination. Kommunale Integrationsleitbilder sind weitgehend unverbunden mit Leitbildern auf Landesebene. Auf Bundesebene gibt es erst in jüngster Zeit im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Integration einen Aktionsrahmen für vertikale Politikkoordination, der sich unter anderem auch mit der regionalen Dimension der Integration auseinandersetzt. Dabei weisen die regionalen Auswirkungen und Herausforderungen der Zuwanderung meist über die kommunale Handlungsebene hinaus: Sie erfordern ein Zusammenwirken der wesentlichen Akteure der Regionalentwicklung und der regionalen Standortpolitik (Raumplanung, Wirtschafts-, Arbeitsmarktförderung, Bildungseinrichtungen, Leitbetriebe, regionale Beratungsstrukturen, Regionalmanagements, etc.).

Integrationspolitik. Der Diskurs unter den IntegrationsexpertInnen scheint wiederum oft an gruppenspezifischen Bedeutungszusammenhängen orientiert und nicht immer anschlussfähig

für die praktischen Herausforderungen der Entwicklungsplanung zu sein. Schon der Begriff „Integration“ hat für viele seine politische Unschuld verloren und gilt oft als theoretisch überholt, während andernorts gerade erst Integrationsleitbilder erstellt, Integrationsbeauftragte ernannt, Integrationsindikatoren erhoben oder nationale Integrationsstrategien entwickelt werden. Auch der Begriff „Diversität“ ist nicht in allen Milieus positiv besetzt und nur schwer zu vermitteln. Aussagen und Erkenntnisse der Migrations- und Integrationsforschung orientieren sich zudem weiter an der Vorstellung von „wir“ und „die anderen“, wo doch die Auseinandersetzung mit der Normalität zunehmender gesellschaftlicher Vielfalt angemessener wäre: „Diversity is not about the others – it is about you“ (Scheer). Es gilt daher, die Ergebnisse der Integrationsforschung auch für die Raumpolitik fruchtbar zu machen.

Diversitätsorientierte Raum-, Regional- und Standortpolitik

Die ExpertInnen des Forums plädierten vor diesem Hintergrund für eine „Raumsensible Integrationspolitik“ (Güngör, Zech, Perchinig), oder umgekehrt, eine „Diversitätsorientierte Raum-, Regional- und Standortpolitik“ (Manolakos, Yildiz). Die Latte wurde dabei hoch gelegt: Diversitätsorientierte Raum- und Regionalpolitik bedeute, „auf allen räumlichen Ebenen, bestehende strukturelle, ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Faktoren in ihrem Zusammenwirken und in ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen und die regionale Politik- und Gestaltungsarbeit auf die Lebenszusammenhänge einer vielfältigen Bevölkerung zu beziehen“ (Manolakos).

Für die Raumplanung und –entwicklung bedeutet dies konkret, dass „sich Integration im Raum auf allen planerischen Ebenen und in den Raumplanungsinstrumenten durchzieht und umgesetzt wird – vom Österreichischen Raumentwicklungskonzept über die Landesentwicklungsprogramme, Stadtentwicklungspläne und regionalen Entwicklungskonzepte zur örtlichen Raumplanung und schlussendlich bis zur Bau- und Freiraumgestaltung“ (Zech). Im Bereich der Regional- und Standortpolitik sind neben der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung etwa die Bereiche der Innovationspolitik und Bildungspolitik dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie regionale Entwicklungsprozesse für eine zunehmend vielfältigere Gesellschaft pro-aktiv und im Rahmen eines integrierten Ansatzes unterstützen.

Kurzum: Raum- und Regionalpolitik brauchen einen Mainstreamingansatz um ihren eingangs beschriebenen Gestaltungsanspruch auch unter den Bedingungen einer von Zuwanderung geprägten und auf Zuwanderung angewiesenen Gesellschaft gerecht zu werden.

Instrumente und Ansatzpunkte

Im Rahmen des Forums konnten anhand von Beispielen auf kommunaler und regionaler Ebene eine Reihe von Ansatzpunkten identifiziert werden, wie 1.) raumbezogene Politiken Verantwortung für erfolgreiche Integrationsprozesse übernehmen können und wie sie 2.) den Herausforderungen einer pluralistischen geprägten Gesellschaft angemessen begegnen können. Daraus lassen sich insbesondere die folgenden Themenkreise ableiten, zu denen ein

weiterführender Dialog zwischen Raum- und Integrationspolitik besonders lohnend und handlungsrelevant sein könnte:

- **Prozessqualität in der Regional- und Stadtentwicklung.** Die Entwicklungsplanung kann Settings schaffen, die geeignet sind, die Dynamiken, die durch soziale Mobilität ausgelöst werden, kompetent zu begleiten und Etablierungsprozesse zu bewältigen. Städte, Gemeinden und regionale AkteurInnen können hierfür günstige Bedingungen schaffen, indem sie diese „Integrationsprozesse moderieren und die erforderlichen Integrationsressourcen mobilisieren“ (Manolakos). Es geht also darum, die Qualität räumlicher Entwicklungsprozesse zu erhöhen und hierfür Bewertungsmaßstäbe zu erarbeiten. Dazu bietet sich die systematische Auseinandersetzung mit Modellen und bewährten Verfahren räumlicher Integration an (Partizipative Raumentwicklung, Leitbildprozesse, Gestaltung öffentlicher Räume und Infrastrukturen, Umsetzungsbegleitung, ...), und eine praxisnahe Aufbereitung der Erkenntnisse für die kommunalen und regionalen Maßnahmenträger.
- **Verbreiterung der Wissensbasis und Aufbereitung für die Raumpolitik.** Wie die ExpertInnen des Forums aufgezeigt haben, ist im Rahmen partizipativer Planungsprozesse die frühzeitige Aufbereitung von Wissensgrundlagen, um die EntscheidungsträgerInnen umfassend auf das Thema vorzubereiten ein wichtiger Beitrag zu einer sachlichen Debattenkultur (Grabherr). Hierfür ist jedoch vielfach Grundlagenarbeit zu leisten, um Informationen über die räumlich, sozial und kulturell differenzierten Lebenslagen und Potentiale der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu generieren. Über Migrationsprozesse im ländlichen Raum liegen mit wenigen Ausnahmen überhaupt keine empirischen Befunde vor. Um diese Informationen für die Regional- und Standortpolitik nutzbar zu machen, sollten sie jeweils mit weiteren Standortinformationen und Regionaldaten verschnitten und für die verschiedenen Anspruchsgruppen leicht zugänglich gemacht werden.
- **Strukturelle Voraussetzungen.** Ein integrierter, sektor- und ebenenübergreifender Politikansatz erfordert entsprechende Zuständigkeitsstrukturen und den Aufbau von Diversitätskompetenz bei den handelnden AkteurInnen der Verwaltung. Schließlich braucht es für eine kontinuierliche Vertiefung des Themas (nicht notwendigerweise institutionalisierte) Plattformen für den Austausch und die Vernetzung der relevanten AkteurInnen aus Raum- und Integrationspolitik (Kienast).

Eine zentrale Erkenntnis des „Forums Integration im Raum“ war, dass Kooperation und Partizipation durch abgeschlossene, fertig entwickelte Konzepte verhindert wird. In diesem Sinne sollen die Ergebnisse des Dialogs zwischen den Raum- und Integrationspolitikern nicht als fertiger Forderungskatalog verstanden werden, mit dem die Teilnehmenden in ihre Aktionsfelder zurückkehren. Die folgenden, im Rahmen des Forums „Integration im Raum“ gesammelten Beiträge sollen vielmehr als Impulse für ein Umdenken, Lernen und einen weiterführenden Dialog dienen.

TAG 1

IMPULSBEITRÄGE: DAS THEMA ABSTECKEN

2 Welche Realitäten und Herausforderungen einer pluralistischen, von Migration geprägten Gesellschaft sind für Raumentwicklung relevant?

Heinz FASSMANN, Universität Wien, Inhaltlicher Koordinator Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2011 (ÖREK 2011)

Vorbemerkung

Welche Realitäten einer von Migration geprägten Gesellschaft sind für die Raumentwicklung relevant? Bei dieser Frage geht es um das Zusammenbinden von zwei Bereichen, die bisher nie oder nur selten gekoppelt wurden. Die Wissenschaft sieht eine pluralistisch und ethnisch heterogener werdende Gesellschaft unter den Gesichtspunkten von Bildungsungleichheit, sozialen Strukturen oder rechtlichen Maßnahmen, sehr viel seltener aber aus dem Blickwinkel der Raumentwicklung. Dabei ergeben sich zwei grundsätzlich unterschiedliche Ansätze.

Zuwanderung formt Rahmen

Der erste Ansatz geht davon aus, in welchem Ausmaß die Zuwanderung die Raumentwicklung beeinflusst und unterschiedliche Rahmenbedingungen schafft. Die demographische Entwicklung ist dabei die unabhängige Variable, die die abhängige Variable „Raumentwicklung“ beeinflusst. Dabei ist als erstes auf die Bevölkerungszunahme durch Zuwanderung hinzuweisen. Jahr für Jahr übertrifft die Zahl der Zuwanderer jene der Abwanderer, der internationale Wanderungssaldo war in den vergangenen fünf Jahrzehnten fast immer positiv. Lediglich in 5 von 50 Jahren übertraf die Abwanderung die Zuwanderung. Österreich nahm in diesem Zeitraum netto rund 1 Mio. Menschen auf, dazu kommen dann die hier Geborenen Nachkommen der Zugewanderten. Österreich ist statistisch betrachtet längst zu einem Einwanderungsland geworden.

Der Ausländeranteil beträgt im Jahr 2009 (Stichtag 1.1. 2010) rund 10,7%, 895.000 Personen haben keine österreichische Staatsbürgerschaft. Dazu kommen rund 400.000 eingebürgerte Personen und weitere 200.000 die zwar in Österreich zur Welt gekommen sind, deren beide

Elternteile aber aus dem Ausland stammen. Das ergibt in Summe 1,5 Millionen Personen mit einem selbst erlebten oder indirekten Migrationshintergrund in Österreich oder 18% der Gesamtbevölkerung.

Zuwanderung betrifft besonders die Bundesländer Wien, Salzburg und Vorarlberg. In Vorarlberg ist dafür die lange Tradition der industriellen Zuwanderung in die Textilindustrie verantwortlich zu machen, in Salzburg sind es zusätzlich EU-Bürger, die sich Zweit- oder Erstwohnsitze zugelegt haben. In Wien ist es eine breite Palette von Studierenden aus der EU, qualifizierten Fach- und Führungskräften, Facharbeitern aus den Nachbarstaaten sowie Zuwanderern aus der Phase der Gastarbeit und deren Nachfahren. Von Zuwanderung wenig tangiert sind Kärnten und die Steiermark mit nur knapp über 10% sowie das Burgenland mit lediglich 9% Bevölkerung ausländischer Herkunft.

Zuwanderung ist damit in erster Linie ein städtisches Phänomen. Anfang 2010 wohnten rund 40% der in Österreich lebenden Personen ausländischer Herkunft in Wien. Insgesamt finden sich etwa zwei Drittel aller Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in städtischen Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern. Dazu kommen noch 20% in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern, also eine Siedlungskategorie, die man auch als ländlicher Raum bezeichnen kann. Dieser Wert ist unterdurchschnittlich, denn es leben rund 50% aller in Österreich geborenen österreichischen Staatsangehörigen in solchen Gemeinden, und vielleicht ist deshalb auch die Zuwanderung in den ruralen Raum wenig erforscht.

Zuwanderung ist keine Gastarbeiterwanderung mehr mit den typischen Merkmalen männlich, jung, erwerbstätig und gering qualifiziert. Zuwanderung ist heute sehr viel differenzierter, auch wenn bei Bestandsstatistiken noch die Vergangenheit durchschlägt. Vieles von dem, was manchmal als Problem oder Herausforderung empfunden wird, ist daher eher ein Thema des Bestandes an Zugewanderten, aber weniger der Neuzuwanderung.

Maßnahmenempfehlungen des ÖREK

Welche Herausforderungen ergeben sich aufgrund des demographischen Wandels und speziell aufgrund der Zuwanderung für die Raumentwicklung? Das fast fertiggestellte ÖREK geht aus der Perspektive der Raumentwicklung auf eine zunehmend durch Zuwanderung geprägte Bevölkerung ein und offeriert einschlägige Forderungen. Exemplarisch kann aufgezählt werden:

- Entwickelt kommunale oder regionale Integrationsleitbildern und integrationspolitischen Entwicklungsstrategien und stimmt Integrationspolitiken zwischen allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung ab;
- Implementiert ein Diversitätsmanagements, um die Verwaltung besser an veränderte Nachfragestrukturen anzupassen;
- Setzt Maßnahmen einer nachholenden oder begleitenden Integration - inklusive Sprachförderung – und zwar dort, wo die lokale oder regionale Ebene Kompetenz besitzt: im Kindergarten, in der Pflichtschule, in der Erwachsenenbildung;

- Entwickelt einen qualitätsvollen öffentlichen Frei- und Erholungsraum zur Begegnung der Menschen (Jung, Alt, mit oder ohne Migrationshintergrund) und
- Betreibt ein aktives Quartiers- und Besiedlungsmanagement, um ethnische Konzentrationsprozesse zu vermeiden;
- Errichtet spezifische Wohnbauprojekte, die das Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen fördern und setzt ModeratorInnen (oder auch HausmeisterInnen) ein, wenn es zu spezifischen Konflikten kommt.

Neue Denkfigur

Bei all diesen Forderungen im ÖREK ist die Denkfigur klar: auf der einen Seite ist die pluralistische und von Migration geprägte Gesellschaft und eine breit definierte Raumentwicklung muss auf der anderen Seite darauf reagieren. In Zukunft wird man die Denkfigur wohl umdrehen müssen. Nicht die demographische Entwicklung beeinflusst die Raumentwicklung, sondern eine politisch-planerische Raumentwicklung formt die Zuwanderung, die zur abhängigen Variable wird und die Raumentwicklung zur unabhängigen.

Diese Umdrehung der Kausalität ist notwendig, denn Österreich insgesamt, aber auch viele Städte und Regionen benötigen Migration, nicht nur aus demographischen Gründen heraus, sondern auch aus ökonomischen. Es ist demographisch vollkommen klar, dass ohne Zuwanderung das Potential der Erwerbsfähigen in Österreich zurückgehen wird. Und zwar nicht um einige Tausend, sondern um einige Hunderttausende. Derzeit leben in Österreich rund 5,2 Mio. Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 60 Jahren. 2030 würde diese Zahl, wenn der fiktive Zuwanderungssaldo auf null gesetzt wird, auf 4,2 Mio. sinken. Raumentwicklung wird daher danach trachten müssen, aktiv zu überlegen, welche Migration in welcher Zahl angestrebt wird. Raumentwicklung reagiert nicht nur auf Migration, sondern Raumentwicklung aktiviert Migration oder macht sie zumindest zu einem strategischen Bestandteil.

Das hängt auch damit zusammen, dass das über lange Zeit gepflegte Dogma, Österreich ist kein Einwanderungsland, ins Wanken gerät. Politiker sagen heute immer deutlicher und immer öfters, wir benötigen Zuwanderung, um damit bestimmte Ziele zu erreichen. Auf der Seite eins des Nationalen Aktionsplanes für Integration steht prominent: „Österreich bekennt sich zu einer geregelten Zuwanderung, die einen wirtschaftlichen und demografischen Mehrwert darstellt.“ Die Einführung der Rot-Weiß-Rot Karte ist ein weiterer Indikator dafür.

Ausblick

Mit diesem Bekenntnis kann Österreich durchatmen und nachdenken. Das politische System ist nicht mehr gezwungen, Zuwanderung als eine Ausnahmerecheinung der Geschichte zu betrachten, sondern als ein strukturelles Element einer wachsenden Volkswirtschaft bei gleichzeitig sinkender demographischer Reproduktion. Und man kann auch Raumentwicklung vor diesem Hintergrund anders denken. Wie müssen Standortbedingungen entwickelt werden,

Welche Realitäten und Herausforderungen einer pluralistischen, von Migration geprägten Gesellschaft sind für Raumentwicklung relevant?

damit sie attraktiv für eine Zuwanderung sind, die regionale Einheiten (Städte, Gemeinden, Regionen) auch haben möchten. Raumentwicklung als steuerndes Element einer aktiven Zuwanderung und nicht als Reparaturinstanz für vermeintliche oder reale Integrationsprobleme, lautet die veränderte Perspektive, die im Vortrag aufgezeigt wird.

3 Perspektive Integration: Worin kann der Beitrag von Raum- und Regionalpolitiken zu erfolgreichen Integrationsprozessen bestehen?

Theodora MANOLAKOS, MA 17, Integration und Diversität, Wien

Anhand einer Metapher, nämlich eine Einladung und Planung zu einem gemeinsamen Essen, soll herausgearbeitet werden, worauf AkteurInnen achten müssen und welche Rolle Raum- und Regionalpolitiken dabei spielen können, wenn es um die Gestaltung erfolgreicher Integrationspolitiken geht. Ein Rezept für erfolgreiche Integration lässt sich daraus nicht ableiten, aber die Vorgangsweise und Rollenverteilung der AkteurInnen kann ähnlich einer Kochshow mit Jamie Oliver und einer Gastgeberin beschrieben werden:



Bei der Vorbereitung stellen sich einige Fragen, nämlich

- Was ist der Anlass des Essens? – Was ist Ziel und Zweck einer Integrationspolitik?
- Was soll Jamie kochen? – Was verstehen wir unter Integration? und
- Für wen soll Jamie kochen? – Wer sind die AdressatInnen der Integrationspolitik?

Die Gastgeberin gibt folgende Antworten:

- Ziel der Integrationspolitik ist es, gleiche Chancen für alle zu schaffen und zwar für alle Lebensbereiche.
- Spricht man von Integration, geht es um Chancengleichheit, Gleichberechtigung, um Inklusion und um Partizipation.
- AdressatInnen von Integrationspolitik (aus der Sicht der Regionalpolitik) sind alle in Österreich lebenden Menschen, damit deren Lebensqualität erhöht und eine nachhaltige regionale Entwicklung ermöglicht wird.

Die Gastgeberin macht sich Gedanken darüber, wen sie bezüglich Essenseinladung persönlich kontaktiert, wen sie anruft, wem sie ein Email schreibt, welchen Ort sie für ihr Essen auswählt, ob zu Hause oder auswärts gegessen werden soll. Sie macht sich Gedanken ob alle Zeit haben werden und klärt, ob es irgendwelche Sonderwünsche oder spezielle Bedürfnisse gibt.

Die AdressatInnen von Integrationspolitik sind in diesem Bild gleichermaßen die KöchInnen und KonsumentInnen, die Einladenden und Eingeladenen.

Rolle der Städte und Gemeinden

Integration spielt sich in den Städten, den Gemeinden, auf der kleinsten lokalen Ebene ab und findet vor Ort statt. Die Bedingungen, wie diese stattzufinden hat, werden jedoch selten vor Ort formuliert und kontrolliert.

Städte und Gemeinden können Integrationsprozesse **moderieren** und sie können Integrationsressourcen **mobilisieren**, sowohl bei der Bevölkerung als auch in den relevanten Bereichen wie etwa dem Bildungsbereich, dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt, dem Freizeitangebot usw., darin liegt ihre bedeutende und eigenständige Rolle.

Diversitätsorientierte Raum- und Regionalpolitik

Diversitätsorientierte Raum- und Regionalpolitik kann Integrationsprozesse erfolgreich machen. Diversität im Kontext von Integration bedeutet nicht nur Unterschiede in der Zuwanderung und der zugewanderten Bevölkerung wahrzunehmen, diversitätsorientierte Raum- und Regionalpolitik bedeutet, auf allen räumlichen Ebenen, bestehende strukturelle, ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Faktoren in ihrem Zusammenwirken und in ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen und die regionale Politik- und Gestaltungsarbeit auf die Lebenszusammenhänge einer vielfältigen Bevölkerung zu beziehen. Raum- und Regionalpolitik bzw. –planung sollte so gestaltet sein, dass möglichst alle BewohnerInnen dieser Räume und Regionen dabei partizipieren und mitgestalten können.

Transnationale Migration

Zuwanderung passiert heute nicht nur mehr vom Herkunftsland ins sogenannte Zielland, sie findet mittlerweile auch virtuell statt. Transnationale Migration ist das Merkmal der Gegenwart und zählt zu einer der zentralsten Herausforderungen von Raum- und Regionalpolitik. Pluralisierung der Gesellschaft bedeutet demnach, dass nationale Grenzen Migration weder planen noch steuern können, denn die Räume werden zunehmend für unterschiedliche Zwecke und Zeiträume genutzt.

Bevölkerungen werden nicht nur zunehmend vielfältiger, sondern auch deren Nutzung von Räumen. Auch Verhältnisse von Nähe und Ferne werden nicht mehr von der rein geographischen Nachbarschaft bestimmt. Um die Metapher der Einladung noch einmal zu bemühen: Es wird Gäste geben, die später kommen oder früher gehen oder nur auf einen Sprung vorbeischaun.

Notwendiger Perspektivenwechsel

Konservative Formen einer Integrationspolitik, nach deren Verständnis Räume eine „gesunde“ soziale und funktionale Mischung aufweisen sollen und durch zu viel Wanderungsbewegungen gestört werden könnten, funktionieren nicht mehr.

Es ist also notwendig, Integration nicht ausschließlich aus dem Blickwinkel der Migration zu sehen und gleichzeitig Migration nicht mehr ausschließlich aus dem Blickwinkel demographischer Planungen, ökonomischer Perspektiven und sicherheitspolitischer Aspekte zu betrachten. Vielmehr muss man sich der Frage stellen, wie und unter welchen Umständen Räume genutzt werden, um daraus schließend Integrationspolitiken und -maßnahmen im Sinne von Inklusion und Partizipation zu definieren.

4 Perspektive Raum: Wie können in der Raumentwicklung die Bedürfnisse einer pluralistischen Gesellschaft berücksichtigt werden?

Thomas MADREITER, MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung, Wien

Das Referat greift die Fragestellung der Raumentwicklung vor dem Hintergrund einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft auf. Für StadtplanerInnen geht es primär um soziale und funktionale Fragestellungen und Herausforderungen für die Stadtentwicklung. Der ethnische Hintergrund der StadtbewohnerInnen ist sekundär, er ist keine Planungskategorie.



Die Zahlen bestätigen – Wien zeichnet sich durch eine zunehmend vielfältige Stadtbevölkerung aus. Fast 40% aller in Österreich lebenden AusländerInnen wohnen in Wien. Über 40% der WienerInnen hat zumindest einen Elternteil der nicht in Österreich geboren ist. Die traditionellen Herkunftsgruppen wie türkischstämmige WienerInnen verlieren an Bedeutung, dafür gewinnen ZuwandererInnen aus den EU-Staaten stark an Relevanz.

Zufriedenheit mit der Wohnung

Generell ist es schwierig breit abgesicherte Statistiken zur Messung der Zufriedenheit der WienerInnen zu finden bzw. zu erheben. Im Zuge der Wiener Lebensqualitätsstudien wurde aber einiges an Datenmaterial erhoben. Beispielsweise ist daraus klar ersichtlich, dass die Zufriedenheit der sogenannten 2. Generation mit der Wohnung und dem Wohnumfeld gegenüber der 1. Generation generell steigt. Bei jenen Zuwanderergruppen bei denen die 1. Generation eine unterdurchschnittliche Zufriedenheit mit der Wohnung hatte, steigt auch die Zufriedenheit der 2. Generation überdurchschnittlich.

Vielfalt als Chance

Die Stadtentwicklung betrachtet die Vielfalt der Bevölkerung als Potential für Wien – insbesondere auch als ökonomische Chance. Die Wiener Betriebsszene hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil an UnternehmerInnen mit migrantischem Hintergrund (Nahversorger, Dienstleister), die einen großen Beitrag für die lokale Wirtschaft und die Wiener Wirtschaftsstruktur leisten.

Kommunikation als Chance

Die Wiener Stadtplanung will sich verstärkt partizipativen Prozessen zuwenden, auch in Abstimmung mit der Integrationsabteilung. Funktionierende Planung beinhaltet erfolgreiche Kommunikation mit allen Bevölkerungsgruppen – dies wird zunehmend zu einem Qualitätsmaßstab für die Planung.

Segregation und Konzentration

Nach wie vor gibt es Stadtgebiete mit einer überdurchschnittlichen Konzentration von WienerInnen mit Migrationshintergrund, es besteht allerdings ein Trend zur Dekonzentration. Die Personen mit Migrationshintergrund verteilen sich stärker in der gesamten Stadt.

Welches kulturelle Leitbild ist ein für die Zukunft tragfähiges: Homogenität oder Differenz? Dieses Spannungsfeld sollte nicht als „entweder – oder“ sondern als „sowohl – als auch“ gedacht werden!

Geht es um soziale oder ethnische Segregation? Diese Trennung ist analytisch leicht aber praktisch schwierig! Wir alle – auch die bildungserfahrenen Bevölkerungsschichten – neigen dazu, generelle Zuschreibungen zu machen. Die notwendigen Differenzierungen erfordern Disziplin und stetige Reflexion.

Segregations- versus Kontakthypothese

Häufig wird Segregation als falscher Weg beschrieben. Segregation bringt für die Betroffenen aber auch Vorteile und Nutzen mit sich. Wichtig ist und bleibt, dass die BewohnerInnen eine Wahlmöglichkeit vorfinden und es zu keinen Abschließungstendenzen kommt – freiwillige Konzentration muss keineswegs negativ bewertet werden. Gleichzeitig muss soziale Nähe und Kontakt nicht immer automatisch positiv und harmonisch sein. Akzeptanz und Verständnis durch Kontakt ist eine Strategie, die eher bei Gebildeten, wohlhabenderen Personen zu greifen scheint, allerdings auch zu Überforderungen führen kann. Soziale Nähe und Kontakt kann aber konfliktreich sein und ist kommunikativ anstrengend.

Ansprüche zur Gestaltung der Integration

Aus der Perspektive der Stadtplanung ist die Funktionalität der öffentlichen Räume und städtischer Infrastrukturen hinsichtlich der unterschiedlichsten NutzerInnengruppen von entscheidender Wichtigkeit. Bedürfnisse können sich erst während der konkreten Nutzung herausstellen, daher sollte nicht die Ästhetik im Vordergrund stehen, sondern die Funktionalität und die emergente Gestaltungsmöglichkeit des „Unfertigen“.

Nutzung von Ressourcen

Die Vermittlung, dass die Stadt die Vielfalt ihrer BewohnerInnen als „Kapital“ sieht und die Zugewanderten willkommen sind, ist wichtig. Vielfalt ist ein Potential und die Vernunft gebietet es, dieses Potential zu mobilisieren. Wien wird weiterhin eine Zuwanderungsstadt sein, das ist Faktum!

Konzept der Offenheit

Das Ziel ist klar: Diversität muss wertgeschätzt werden! Denn für Wien sind die Talente der Zuwanderer und ihrer Kinder, deren Sprachen und Kompetenzen als Brückenbauer ein wichtiger Standortvorteil gerade im Sinne einer Ost-West-Kompetenz der Stadt. Auch innerhalb der Verwaltung besteht diesbezüglich noch Verbesserungsbedarf!

PANELDISKUSSION: GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN FINDEN

5 Gestaltungsmöglichkeiten auf Gemeinde-, Länder- und auf Bundesebene

Georg SCHADT, Bundeskanzleramt IV/4, Gesprächsleitung

Gudrun BIFFL, Donau-Universität Krems, Perspektive Arbeit

Eva GRABHERR, Vorarlberg, Perspektive Umsetzung Integrationsleitbild

Kenan GÜNGÖR, Integrationsberater, Perspektive Integrationspolitik

Klaus LUGGER, Gemeinnütziger Wohnbau Tirol, Perspektive Wohnen

Günter SCHEER, ÖAR-Regionalberatung GmbH, Perspektive Regionalentwicklung und -beratung

Erika SCHMEISSNER-SCHMID, Innsbruck, Städtebund, Perspektive Stadtplanung und örtliche Raumordnung

Erol YILDIZ, Universität-Klagenfurt, Perspektive Potenzialorientierung



Gesprächsleiter **Georg Schadt** (BKA) lud ExpertInnen zur Diskussion über die Gestaltungsmöglichkeiten auf Gemeinde-, Länder- und Bundesebene. Um diesbezüglich im Dialog zwischen AkteurInnen der Raum- und Integrationspolitik mögliche Ansatzpunkte abzustecken, wurden verschiedene handlungsrelevante Perspektiven beleuchtet: Integrationspolitik auf lokaler Ebene, Integrationsleitbilder und ihre Umsetzung, Arbeit, Wohnen, Stadtplanung und

örtliche Raumordnung, Regionalentwicklung- und beratung, sowie Perspektivenwechsel und Potenzialorientierung.



Kenan Güngör (Integrationsexperte) eröffnete die Runde mit Beobachtungen zu den spezifischen Voraussetzungen für eine raumsensible Integrationspolitik im ländlichen Raum: Inwiefern unterscheiden sich Migrationsprozesse in ländlichen Regionen, an Industriestandorten oder Bezirksstädten von denen in Ballungsräumen?

Die meisten integrationspolitischen Studien und Aktivitäten beziehen sich auf die Städte, aber am Land haben vor allem die Leitbilder so etwas wie eine „stille Revolution“ bewirkt, die in der öffentlichen Kommunikation gar nicht wahrgenommen wird. Dennoch sind im ländlichen Raum der Mangel an Elitenbildung und der Brain-Drain gebildeter MigrantInnen in die Städte ein besonderes Problem, weil dadurch PromotorInnen der Thematik wegfallen. Einzelne lokale RepräsentantInnen können eine stark integrative oder aber desintegrative Funktion haben und ausschlaggebend für lokale Entwicklungen sein. Soziale Nähe und Kontrolle ist am Land noch immer sehr wichtig, aber durch die Prozesse der Urbanisierung und Individualisierung verändern sich diese Voraussetzungen. Die Potenziale mittelgroßer Städte sind hier noch zu wenig ausgeleuchtet.



Eva Grabherr (Verein Okay Zusammenleben Vorarlberg) ging auf die praktische Bedeutung von Integrationsleitbildern ein: Welche Faktoren erhöhen die Umsetzungschancen von Leitbildern und gibt es darin eine räumliche Perspektive?

In Vorarlberg waren die Kommunen VorreiterInnen in der Leitbildarbeit. Leitbilder sind vor allem Lernsettings – für Institutionen, für Zugewanderte und BürgerInnen. Die Wirkung davon ist, dass Integration heute als gestaltbar erfahren wird und es konkrete Ansprechpersonen in den Institutionen dafür gibt. Dennoch ist in der Bevölkerung das Gefühl verbreitet, die Zugewanderten wurden nicht eingeladen zu kommen und zu bleiben. Es muss zusätzliche Settings geben, in denen ein „Ja“ zu dieser Einladung nachgeholt werden kann. Man geht nun auch von allgemeinen Rahmenleitbildern ab und entwickelt Leitbilder eher spezifisch für einzelne Handlungsfelder, wie zum Beispiel den Spracherwerb. Hier gäbe es auch gute Ansatzpunkte für die Raumplanung.



Die Problematik der regionalen Integration aus Perspektive des Arbeitsmarktes wurde von **Gudrun Biffel** (Donau-Universität Krems) betrachtet: Wie sollte kommunale und regionale Standortpolitik angemessen reagieren?

GastarbeiterInnen wurden in Österreich zu Stabilisierung des Arbeitsmarktes in bestimmten Regionen eingeladen. Die Sozialpartner steuerten in unserem korporatistischen System über den Arbeitsmarkt lange Zeit die Zuwanderungspolitik. Die Abkehr vom Rotationsmodell zum Niederlassungsmodell fordert nun neue Herangehensweisen. Jede Region hat auch unterschiedliche Probleme. Jene Einrichtungen, die an den Arbeitsmarkt angebunden sind, wie das AMS und die Bildungsinstitutionen, sind gefordert neue Wege zu finden um auf die Marktmechanismen und Urbanisierungspro-

zesse so zu reagieren, dass sich Regionen stabilisieren können. Die Kosten dieser Prozesse sind noch nicht abschätzbar. Impulse dafür kommen auch aus neuen Forschungsrichtungen, die sich den regionalen Ökonomien widmen.



Klaus Lugger (Neue Heimat Tirol) ging auf den Beitrag der Wohnungspolitik, insbesondere von gemeinnützigen Trägern zu gelingender Integration ein: Welche Thesen wurden dazu insbesondere auch im Rahmen des NAP Integration entwickelt?

Der soziale Wohnbau hat sich über viele Jahre hinweg als „stille Integrationsmaschine“ erwiesen. Unsere Aufgabe ist es, viele kleine Schritte zu machen, um diese bereits laufende „Maschine“ zu optimieren und zu professionalisieren, z.B. durch Schulungen in Gemeinden und für Hausverwaltungen. Hotspots müssen erkannt und es muss adäquat darauf reagiert werden, zum Beispiel durch Mediation. Im Besiedelungsmanagement haben die Gemeinden (zum Beispiel in Tirol) große Gestaltungsmöglichkeiten, weil sie über ein weites Spektrum an Angeboten verfügen, von Eigentumswohnungen bis zum sozialen Wohnbau. Insgesamt sind Verbesserungen eine Frage des Qualitätsmanagements und der adäquaten Kommunikation von Regeln.



Erika Schmeissner-Schmid (Amt für Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration Innsbruck) bezog sich auf die Herausforderungen, vor die Stadtplanung durch integrationspolitische Fragen gestellt wird: Welcher Ansätze bedarf es, um einer immer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft gerecht zu werden?

Seit einem Jahr ist der Bereich Integration im Amt für Stadtplanung in Innsbruck integriert. Dabei wurde festgestellt, dass Grundlagenarbeit und Vernetzung notwendig sind, um Informationen über die räumlich, sozial und kulturell differenzierten Lebenslagen und Potenziale der verschiedenen Bevölkerungsgruppen aufzubereiten. Es gilt die interkulturelle Kompetenz der Akteurinnen und Institutionen zu erhöhen. Im räumlichen Bereich sind vor allem drei Gestaltungsbereiche besonders relevant: die vielfältige Nutzung von Siedlungsgebieten, die Gestaltung von Freiräumen und öffentlichen Räumen und die Infrastrukturen im weiteren Sinne. Daneben geht es um die Gestaltung von partizipativen Entwicklungsprozessen und darum, geeignete Instrumente dafür zu entwickeln. Integration und Diversität sind *das* Mainstreamingthema der Zukunft.



Erol Yildiz (Universität Klagenfurt) richtete den Fokus auf MigrantInnen als Subjekte und nicht als Objekte von räumlichen Entwicklungsprozessen: Was wäre zu gewinnen, wenn sich der Blick auf die „Normalität“ der gesellschaftlichen Vielfalt richtete?

Viele der gängigen Vorstellungen vom „Raum“ sind überholt. Es gibt sesshafte Mobilität und mobile Sesshaftigkeit. Wir können heute von einer „Öffnung der Orte zur Welt“ sprechen. Das wurde von Migrationsbewegungen vorangetrieben und lange übersehen. Eine Art, die Dinge zu sehen, ist auch eine Art, sie zu übersehen. Viele MigrantInnen sind „auf eigene Rechnung“, d.h. ohne Unterstützung angekommen, aber ihre Erfolgsgeschichten werden nicht anerkannt. Die Potenziale die darin liegen, nehmen wir nicht wahr, weil wir diese Realitäten als Parallelge-

sellschaften deuten. Diese Menschen sind selbst ExpertInnen ihrer Realität, sie sind Subjekte der Integration. Diversitätsbewusste Standortpolitik muss mit diesen Lebenswirklichkeiten korrespondieren.



Günter Scheer (ÖAR Regionalberatung GmbH) beschrieb die Voraussetzungen auf Ebene der Regionalmanagements im Umgang mit Vielfalt als Entwicklungsressource: Wo sieht ein erfahrener Regionalberater den größten Handlungsbedarf?

In der Regionalentwicklung ging es immer darum, soziale Räume darin zu unterstützen, dass sie sich selbst entwickeln. Vielfalt war immer wesentlicher Bestandteil der Regionalentwicklung „von innen“. „Diversity is not about the others – it’s about you.“ Soziale Räume entwickeln sich durch Vielfalt. Das ist aber nur möglich, wenn eine wertschätzende Haltung und Großzügigkeit gelebt wird. Dabei stellt sich die Frage, wie und wo solche Werte entwickelt werden können. Das Regionalmanagement funktioniert insbesondere seit der Mitgliedschaft in der EU vielfach nach einer Logik der Strukturmittel, in der sich alles rechnen muss und ist insofern in seiner aktuellen realen Verfassung diesbezüglich nicht unterstützend.

Die anschließende Diskussion über den Integrationsbegriff zeigte zahlreiche Spannungsfelder und Perspektiven auf:

Der Integrations- und Raumbegriff

- Einerseits ist der Integrationsbedarf in der Praxis noch nicht umfassend anerkannt, andererseits wird der Integrationsbegriff theoretisch schon wieder verworfen.
- Wenn der Integrationsbegriff auch die Fragen von Bildungsstand und sozio-ökonomischem Status mit umfasst, ist er adäquat.
- Auch der Diversitätsbegriff ist nicht in allen Milieus positiv besetzt. Er kann positive wie negative Haltungen jeweils verstärken und hat aus sich heraus keine transformative Kraft.
- Die Diskussion um Integration und Diversität ist ein Zeichen dafür, dass gelebte Diversität bereits Realität ist. Die bisherigen Begriffe erweisen sich als zu eng.
- Der Begriff der „Integrationsmaschine“ deutet auf ein mechanistisches, produktionsorientiertes Denken hin.
- Die soziale Mobilität bzw. der soziale Aufstieg von Minderheitsgruppen und der Widerstand der Etablierten dagegen stellt ein Kernproblem hinter der Frage von Begriffsdefinitionen dar.

- In Migrationsgesellschaften geht es um Rechte, insbesondere um das Recht, sich in unterschiedlicher Weise zu verhalten.
- Einerseits gibt es Nachholbedarf an den Einstellungen zu Zuwanderung zu arbeiten, andererseits ist es dringend notwendig vorausschauend zu handeln.
- Auch der Raumbegriff wird in Frage gestellt: sprechen wir vom Raum als Gefäß oder ist das mehr? Auch die Integrationspolitik müsste sich mit dem Raumbegriff auseinandersetzen.

Gesellschaftliche Akzeptanz

- Die regionale Identität wird als Ressource für Inklusion zu wenig genützt, sondern dient eher als Exklusionsmerkmal.
- Wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt gesichert ist, wenn Menschen in Sicherheit leben können und Lebensfreude haben, sind sie auch für Wandel und Pluralität offen.
- Diversität als neue Norm wird gesellschaftlich nur eine Akzeptanzbasis bekommen, wenn die Verlustängste der Etablierten nicht ignoriert werden. Der reale Raum bietet gute Anknüpfungspunkte, um mit diesen Aspekten zu arbeiten.
- Es braucht kluge Designs für einen Dialog, die ohne Moralisierungen auskommen und auch die Bauebene erreichen. Milieutheoretische Zugänge, wie zum Beispiel die Sinusstudien, könnten dafür eine Grundlage bieten.
- Es ist wichtig, dass in Fachkreisen diskutiert wird, aber Aufklärungsarbeit in der breiten Öffentlichkeit ist ebenso wichtig.
- Aussagen und Erkenntnisse der Migrations-/ Integrationsforschung orientieren sich weiter an der Vorstellung von „wir“ und „die anderen“. Es ist an der Zeit, das zu überwinden.

Pluralität und soziale Mobilität

- Es ist wichtig, genau und professionell zu beobachten, was sich bei sozialen Aufstiegs- und Etablierungsprozessen neuer gesellschaftlicher Gruppen abspielt.
- Zugewanderte sind heute immer höher qualifiziert; die Chancengleichheit bei der Verwertung der Bildung am Arbeitsmarkt ist das Problem, insbesondere in der gesellschaftlichen Mitte.
- Der Begriff Diskriminierung wurde in der Diskussion ausgespart!

- Die Europäische Integration hat bewirkt, dass die Staatsbürgerschaft keine klare Insider- und Outsiderposition mehr am Arbeitsmarkt und im Wohlfahrtsstaat definiert. Das führt zu einer notwendigen Enttäuschung, also Desillusionierung, der gesamten Gesellschaft als Voraussetzung für einen neuen Gesellschaftsvertrag.
- Es müssen Settings geschaffen werden, damit die Desillusionierung in Anerkennung transformiert werden kann.

Stadt- und Raumplanung

- Stadtplanung ist noch immer zu stark von der Niederlassungsperspektive geprägt. Man muss darüber hinaus denken, da Migration gleichzeitig Bewegung und Niederlassung bedeutet.
- Damit der Mensch im Raum ankommen kann, braucht es einen sachbezogenen Diskurs über die Bedürfnisse, Mängel und tauglichen Mittel.
- Raumplanung kann Settings schaffen, die geeignet sind, die Dynamiken, die durch soziale Mobilität ausgelöst werden, kompetent zu begleiten. Dabei geht es nicht nur darum, die unterschiedlichen Bedürfnisse der BürgerInnen zu sammeln und dies für die Planung zu nutzen, sondern darüber hinaus darum, Etablierungsprozesse zu bewältigen.
- Im Bereich islamischer Bauten gibt es einen Nachholbedarf an Integration im Raum.
- Bund, Länder und Regionen müssen verstärkt zusammenarbeiten, um benachteiligte Regionen zu unterstützen.



Dialoge



TAG 2

6 ExpertInnen-Feedback zum 1. Tag

Bernhard PERCHINIG, Uni Wien, Perspektive Integration

Ein wiederkehrender Begriff des gestrigen Nachmittags war die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum – sowohl im architektonischen Sinn wie im Sinn der Sichtbarkeit von Menschen, denen man, um einen ehemaligen oberösterreichischen Landeshauptmann zu zitieren, „ihre Herkunft ansieht“. Auch in Alltagsgesprächen ist dies ein Thema – es ist common sense, dass die Zuwanderung in den letzten Jahren „sichtbarer wurde“.



Erlauben Sie mir einen kurzen Schwenk zur Siedlungssoziologie. Peter Atteslander und Bernd Hamm haben bereits 1974 in ihrem Buch „Materialien zur Siedlungssoziologie“ darauf hingewiesen, dass Raumeignung zentral für die Analyse des Mensch-Raum-Beziehungssystem ist und Aneignungs- und Partizipationschancen in drei Subsystemen zentral für die Analyse seien. Raum bestehe aus drei Subsystemen,

- dem morphologische Subsystem im Sinn des physischen Raums
- dem institutionellen Subsystem im Sinn der sozialen Institutionen, der Verhaltensmuster, Werthierarchien und sozialen Normen, sowie der die Region prägenden Machtstruktur
- dem semiotischen Subsystem, den sozialpsychologischen Perzeptions- und Kognitionsprozesse, die den Raum für die Nutzer definieren.

Die Analyse dieses Systems konzentriert sich auf die gesellschaftlich ausgebildete Symbolik des Ortes sowie den um den Ort zentrierten öffentlichen Diskurs. Jeder Raum wird gesellschaftlich codiert, ihm wird ein bestimmtes Verhaltensrepertoire als akzeptabel zugeteilt, umgekehrt nutzen gesellschaftliche Diskriminierungsprozesse bestimmter sozialer Gruppen den Umweg der Stigmatisierung der ihnen zugeschriebenen Räume zu „Ghettos“ oder „no-go-areas“.

Erst ein derart erweitertes Raumverständnis, das in Raum mehr sieht als ein reines Gefäß, erlaubt es, die Frage nach dem Verhältnis von sozialem Wandel und Stadt- und Regionalentwicklung in einen weiteren Kontext zu stellen und den Fokus auf das raumbezogene Handeln der sozialen Akteure zu lenken. Die Fragestellung verschiebt sich somit von der Analyse der Zuordnung sozialer Gruppen zu räumlichen Einheiten zur Untersuchung des Raums als sozialer Ressource und der Aneignungsformen des Raums in Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Analyse-, Benennungs- und Organisationsmacht.

Norbert Elias und John L. Scotson haben in ihrer klassischen Studie „Etablierte und Außenseiter“¹ gezeigt, wie in einer derartigen Figuration das „Wir-Bild der eigenen Gruppe (von den mächtigeren Etablierten von der Minorität der Besten, das Sie-Bild der verachteten Außenseiter von der Minorität der Schlechtesten“ abgeleitet wird. Dieser Vorgang wird von ihnen als „als eine universale Regelmäßigkeit von Etablierten-Außenseiter-Beziehungen“ verstanden: „Die etablierte Gruppe schrieb ihren Mitgliedern überlegene menschliche Eigenschaften zu und schloss alle Mitglieder der anderen Gruppe vom außerberuflichen Verkehr mit ihren eigenen Kreisen aus. Das Tabu gegen einen solchen Verkehr wurde mit Mitteln der sozialen Kontrolle wie Lobkatsch über diejenigen, die sich durch das Bekenntnis zu den gemeinsamen Regeln als zugehörig erwiesen, und Schimpfkatsch über wirkliche oder vermeintliche Tabubrecher gesichert“ (Elias/Scotson 1993: 9).

Von dieser Folie aus betrachtet, sind wir Zeugen einer Gewichtsverschiebung zwischen Etablierten und Außenseitern – es ist nicht mehr selbstverständlich, dass Raum nur mehrheitsgesellschaftlich kodiert wird, die Forderung nach Sichtbarkeit wird nicht mehr kategorisch zurückgewiesen.

Eine symbolische Neukodierung bedeutet aber auch sichtbaren Machtverlust für vormals Etablierte, und lässt entsprechende Abwehr erwarten. Die Kunst einer raumbezogenen Integrationspolitik ist es, diesen Machtverlust mit Qualitätsgewinn zu verbinden: Zuwanderung ist heute für viele eine Chiffre für Verlust der gewohnten Umgebung und symbolischen Ordnung – dies wird vorerst als Verlust von Lebensqualität gedeutet.

Eine Aufwertung des Viertels in ökonomischer, sozialer und infrastruktureller Hinsicht kann diesen Zusammenhang auflösen und Zuwanderung mit Lebensqualität wieder verbinden. Offen bleibt jedoch noch die Neuverhandlung der symbolischen Ordnung als Anerkennung von Vielfalt – dies ist ein Verhandlungsprozess vor Ort, der gestaltet werden kann, und bei dem es Konflikte geben wird. Hier geht es nicht darum, Konflikte zu vermeiden, sondern sie zu bearbeiten und einen neuen Gesellschaftsvertrag vor Ort zu gestalten, der auch symbolisch den geänderten Verhältnissen Platz gibt.

¹ Elias, Norbert; Scotson, John L. 1993 (1965): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt/Main (suhrkamp).

Sybilla ZECH, TU Wien, Perspektive Raumentwicklung



„Raumplanung- und Raumordnung ist die vorausschauende Gestaltung eines Gebiets. Sie hat die bestmögliche Sicherung und Nutzung des Lebensraums im Interesse des Gemeinwohls zum Ziel und nimmt dabei Bedacht auf die natürlichen Gegebenheiten, die Erfordernisse des Umwelt- und Gesundheitsschutzes sowie die abschätzbaren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der BewohnerInnen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft.“ So definieren die Raumplanungs- und Raumordnungsgesetze der österreichischen Bundesländer (mit leicht unterschiedlichen Formulierungen) Aufgabenfeld und Herausforderungen für eine nachhaltige Raumentwicklung.

In der Stadt- und Raumplanung ist in den letzten Jahren eine verstärkte sozio-kulturelle Orientierung zu beobachten. Dies bildet sich sowohl in der Gestaltung von Studienplänen und Forschungsschwerpunkten an den Planungsschulen als auch in vielen partizipativen Planungsprozessen auf kommunaler und regionaler Ebene ab. Bereits seit den 90er Jahren lieferten die Raumplanungsinstitute an der Technischen Universität Wien, insbesondere die Stadt- und Regionalforschung, wesentliche Beiträge zu einer integrationsorientierten Wohnbau- und Stadtentwicklungspolitik. Ende der 90er Jahre wurde an der österreichischen Ausbildungsstätte für RaumplanerInnen, eben der TU Wien, der Kanon der Institute um den Fachbereich Soziologie erweitert. Man könnte sagen, dass sozialräumliche Zugänge, insbesondere die Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenshintergründe, sozialer Milieus und Lebensstile von NutzerInnen des Raumes mittlerweile integrativer Bestandteil des planerischen Verständnisses sind, wenngleich in der Planungspraxis schlussendlich oft Zeit und Raum – im Endeffekt die finanziellen Mittel - und die Bereitschaft für einen eingehenden Diskurs seitens der politischen EntscheidungsträgerInnen und Gremien fehlen.

Das übergeordnete Planungsinstrumentarium erkennt Zuwanderung und Integration nicht nur aus demografischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen als Notwendigkeit und Chance an (vgl. Vorträge H. Fassmann zum Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011 und T. Madreiter zur Stadtentwicklungsplanung Wien). Auch in den Raumplänen der Länder werden Potenzial und Verantwortung für eine zunehmend durch Zuwanderung geprägte Bevölkerung aus der Perspektive der Raumentwicklung sichtbar. Beispielsweise heißt es im „ZukunftsRaum Tirol“, dem Tiroler Raumordnungsplan: „Zuwanderer kommen wegen guter Erwerbsmöglichkeiten und hoher Lebensqualität in unser Land. Ihre Integration in die Gesellschaft ist in gemeinsamer Verantwortung aller Einwohner und getragen von Wertschätzung und Respekt laufend durchzuführen.“

Die Diskussion, die wir hier im Kreise der Raum- und IntegrationsexpertInnen über Pluralismus und Diversität führen, lässt uns allerdings als naive „Gutmenschen“ erscheinen, wenn wir die Realität von Draußen – in den politischen Gremien und Bürgerforen landauf landab – negieren. Auf der regionalen und kommunalen Ebene ist man als Planerin häufig und zunehmend mit Grundhaltungen konfrontiert, die weitab von Wertschätzung, Neugier, und Willkommen-heißen liegen. Integration wird mit Assimilation und Unterordnung gleichgesetzt, Ausländerfeindlichkeit und Angstmache auf populistisch tiefstem Niveau schlagen einem entgegen, rassistische Sprüche scheinen salonfähig geworden zu sein. Daher ist der Dialog der RaumexpertInnen

(Raum- und StadtplanerInnen) und IntegrationsexpertInnen, wie ihn die heutige Veranstaltung bietet, wesentlich um Argumentarium und Zivilcourage gegenüber diskriminierendem und menschenverachtendem Reden und Agieren zu stärken.

Ich glaube einschätzen zu können, dass in der Zunft der Stadt- und RaumplanerInnen „Diversität“ positiv besetzt ist, d.h. primär als Chance gesehen wird. Forschende, Lehrende, Studierende und PraktikerInnen in der Verwaltung und den Planungsbüros sind bereit und offen dafür, dass sich Integration im Raum auf allen planerischen Ebenen und in den Raumplanungsinstrumenten durchzieht und umgesetzt wird – vom Österreichischen Raumentwicklungskonzept über die Landesentwicklungsprogramme, Stadtentwicklungspläne und regionalen Entwicklungskonzepte zur örtlichen Raumplanung und schlussendlich bis zur Bau- und Freiraumgestaltung. Vielleicht sind die Raum- und StadtplanerInnen als PartnerInnen für Integrationsprozesse noch zu wenig sichtbar geworden. Als Raumplanerin möchte ich daher diese Dialogveranstaltung – in der gut 50 IntegrationsexpertInnen auf ebenso viele RaumexpertInnen getroffen sind und füreinander sichtbar werden - auch für eine Einladung nutzen: Schaffen wir gemeinsam integrationsfähige und integrationsfördernde, einladende Räume. Verräumlichen wir die Integrationspolitik. Kommen Sie auf die RaumplanerInnen zu. Willkommen.

GUTE BEISPIELE

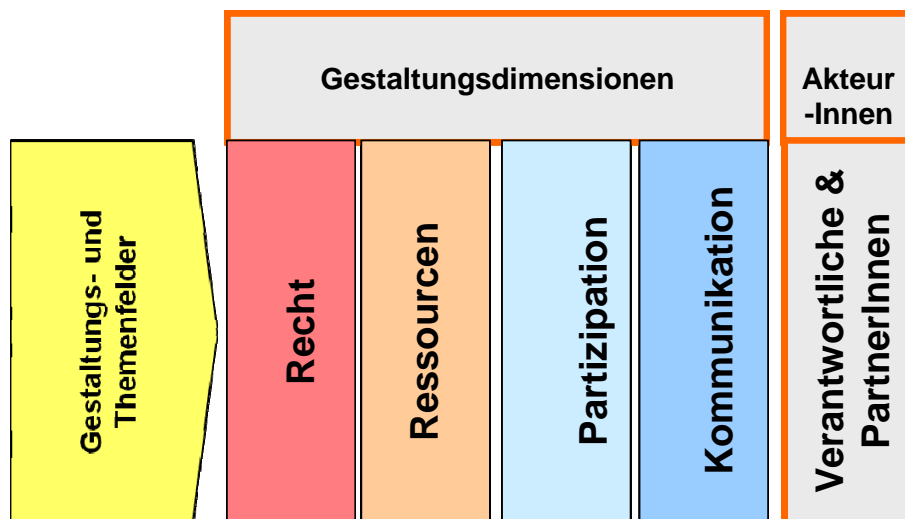
7 Landkarte für gute Beispiele

Sabine AYDT, Donau-Universität Krems

Die Veranstaltung hat sich zum Ziel gesetzt, Orientierungspunkte für raumpolitisches Handeln in Migrationsgesellschaften anzubieten. Dafür wurde eine spezifische „Landkarte“ herangezogen. Diese hat dazu gedient, Beispiele und ExpertInnen auszuwählen, die an unterschiedlichen Stellen und mit unterschiedlichen Zugängen raum- und migrationsrelevante Aspekte bearbeiten. Zunächst wurden die Gestaltungsmöglichkeiten in vier Dimensionen aufgeteilt, die quer zu jedem Handlungsfeld, wie zum Beispiel Wohnen, Arbeiten oder Stadtentwicklung denkbar sind. Daraus ergibt sich folgende „Gestaltungsmatrix“.



Die Gestaltungsmatrix



© ARGE Integrationsberatung

Die Ausgangshypothese lautet, dass Raum- und Regionalentwicklung ihre Maßnahmen und Strategien in Bezug auf diese vier Dimensionen überprüfen müssen, wenn sie die Potenziale des Zusammenlebens in einer von Zuwanderung geprägten Gesellschaft ausschöpfen möchten.

Es stellt sich dabei erstens die Frage nach der Ausgestaltung **rechtlicher Rahmenbedingungen**: zum Beispiel Normen der Raumordnung, Ausschreibungsrichtlinien für öffentliche Aufträge oder Zuständigkeiten in der Verwaltung.

Zweitens können wir die Frage nach den Zugangsmöglichkeiten zu materiellen und immateriellen **Ressourcen** stellen: zum Beispiel die Verteilung von Arbeits- und Wohnmöglichkeiten, Zugang zu relevantem Wissen.

Drittens können die Raumpolitiken dahingehend hinterfragt werden, welche Möglichkeiten zu gesellschaftlicher und politischer **Partizipation** sie eröffnen: Wie können Zugewanderte am öffentlichen Raum und seiner Gestaltung partizipieren? In welchen Entscheidungsverfahren können unterschiedliche Raumansprüche verhandelt werden?

Und schließlich viertens die Frage nach der **Kommunikationskultur**: Welche Sozial- und Kommunikationsräume sind geeignet, um soziale Ungleichheit zu verringern und kulturelles Kapital zur Verfügung zu stellen.

In Bezug auf all diese Dimensionen wurden Arbeitshypothesen darüber entwickelt, worin aus Sicht der Veranstalter eine gelungene Verknüpfung von Integrations- und Raumpolitik bestehen könnte. Diese haben zur Auswahl von Beispielen gedient und sollen zur Diskussion gestellt werden. Der Begriff Integration ist in diesem Zusammenhang nicht als Ergebnis zu verstehen, sondern als Platzhalter für die Summe von Herausforderungen, die sich der Raum- und Regionalentwicklung in einer Zuwanderungsgesellschaft stellen.



8 Recht und Verwaltung

Martin WEBER, Gemeinderat Wiener Neustadt

(Wegen kurzfristiger Verhinderung von Maria Zwicklhuber, Integrationsbeauftragte Wiener Neustadt, übernahm Herr Weber die Vorstellung dieses Beispiels aus der Perspektive der Stadtpolitik.)

Beispiel: *Integration als Querschnittsmaterie der Stadtverwaltung am Beispiel von Wiener Neustadt*

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn Integrationspolitik in der Verwaltung als Querschnittsmaterie etabliert ist und entsprechende Strukturen und Kompetenzen geschaffen werden.



Wiener Neustadt hat einen MigrantInnenanteil von ca. 27% der Bevölkerung (Stand letzte Volkszählung). Die Stadt hat die damit verbundenen Probleme erkannt und versucht seit Jahren aktiv zu gestalten. Die Devise der Stadt Wiener Neustadt lautet: entwickeln wir nicht nur langwierig Konzepte, sondern starten wir gleichzeitig Aktivitäten, Maßnahmen.

2008 wurde ein Integrationsreferat installiert um

- zur Beruhigung, Entemotionalisierung und Versachlichung der Integrationsthematik beizutragen,
- spezifische Wohnsiedlungs-Arbeit zu leisten (prekäre Situation in einzelnen Wohnvierteln). In diesem Zusammenhang wurde ein Stadtviertelservice installiert, mit dem Ziel: den BewohnerInnen der Wohnviertel eine Plattform zu bieten, auf der Probleme angesprochen werden können, zu einer Versachlichung beizutragen und die Problemfelder bearbeitbar zu machen.

Die Aktivitäten des Stadtviertelservice in Wiener Neustadt sind so organisiert, dass sie für alle, in Wiener Neustadt in einer prekären Situation lebenden Personen – unter denen auch MigrantInnen sind – zum Tragen kommen.

Die Integrationsstelle ist Anlaufstelle für alltägliche Probleme im Zusammenleben der Wohnbevölkerung. Die Bearbeitung diverser Anliegen durch die Integrationsstelle führt auch manchmal zu Zuständigkeitskonflikten innerhalb der Verwaltung.

Laut Martin Weber muss Versachlichung ein Mainstreamansatz der gestaltenden Stadt sein. Politik und Verwaltung müssen sichtbar hinter den eingeleiteten Maßnahmen stehen.

Wiener Neustadt versucht trotz Finanzkrise das Integrationsreferat und das Stadtviertelservice auszubauen (Verteilungsgerechtigkeit, Budget-Prioritäten).

Es ist grundsätzlich schwierig, zu dieser Thematik einen parteipolitischen Konsens herzustellen, auch in Wiener Neustadt.

Diskussion, Erkenntnisse und Fragen

Rolle der Politik

- Grundsätzlich ist Politik gefordert, die Verwaltung von einem monokulturellen in ein multikulturelles Verwaltungssystem zu transformieren. Die Widerstände in der Verwaltung sind durch vertrauensbildende Maßnahmen zu bearbeiten.
- Politik hat die Aufgabe, Vertrauen zu schaffen.
- Die Politik wird für im Integrationsbereich gesetzte Maßnahmen oft „geprügelt“, trotzdem muss sie mit gutem Beispiel vorangehen. Politik muss klarmachen,
- ..., dass es um ein Miteinander geht ...
- und klarmachen, dass es auch um Regeleinhaltung geht.
- Geht es um den notwendigen Aufbau von Strukturen, muss perspektivisch längerfristig (und nicht nur sozusagen bis zur nächsten Wahl) gedacht werden.

Interkulturelle Öffnung

- Interkulturelle Öffnung ist wichtig – auch in Bezug auf Zugang zu politischen Entscheidungssystemen und Zugang zu sozialen Gemeinschaftsmaßnahmen wie Gemeindeförderungen – um die verschiedenen Kulturen zu verstehen und um Kommunikation zu gestalten.

Ausbau öffentlicher Dienstleistungen

- Die Bedachtnahme auf den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und auf die Ermöglichung stärkerer Arbeitsbeteiligung der MigrantInnen (Umfeld bzw. Rahmenbedingungen sind diesbezüglich neu zu gestalten) ist auf Grund fehlender Ressourcen zur Zeit schwer umsetzbar.

Vielfalt als Normalität

- Schaffen von Strukturen und setzen von Impulsen ist wichtig, die „Integrationsmaschine“, wie sie sich derzeit darstellt, ist jedoch zurück zu entwickeln. Anzustreben sind nicht spezielle Maßnahmen und Interventionen für bestimmte Gruppen sondern Maßnahmen, die allen Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise zu Gute kommen. (Herbeiführen einer Entspannung durch Wegnehmen des Fokus auf MigrantInnen, Vielfalt als Normalität ansehen).

Rolle der Integrationsbeauftragten in Stadtverwaltungen

- Integrationsbeauftragte in Stadtverwaltungen sollten eher als MentorInnen agieren und keine Projekte durchführen (Projektmanagement, moderieren, unterstützen). Die Umsetzung von Projekten sollte die Aufgabe der relevanten Verwaltungsstellen sein. Kommunale Integrationsstellen sollen im Sinne eines „ganzheitlichen Ansatzes“ nicht nur für MigrantInnen planen und umsetzen.

Interdisziplinäres Vorgehen in der Verwaltung

- Bereichsübergreifenden Projekte in der Verwaltung und interdisziplinäres Vorgehen wird in der Verwaltung grundsätzlich nicht bzw. wenig gewünscht. Das noch stark ausgeprägte Abteilungsdenken in verschiedenen Verwaltungsbereichen verhindert die notwendige Transformation der stark vertikal-hierarchischen Verwaltungssysteme.
- Es bedarf interkulturell kompetenter Personen in Verwaltungssystemen, die als NetzwerkerInnen über die Abteilungsgrenzen hinaus agieren. Es ist nicht per se und ausschließlich entscheidend, dafür Personen mit Migrationshintergrund einzustellen. In diesem Sinne bedeutet interkulturelle Öffnung in der Verwaltung primär eine Bewusstseinsbildung darüber, dass die Zusammenarbeit abteilungsübergreifend auf sachlicher Basis zu passieren hat.

Abschlussstatement Martin Weber

Ich fühle mich in meiner Auffassung, was die Rolle der Politik bzw. die Klammer (Zusammenarbeit) zwischen Politik und Verwaltung betrifft, bestärkt. Integrationsarbeit in der kommunalen Verwaltung hat Projektsteuerungsfunktion, ist interdisziplinär (abteilungsübergreifend) - aber auch auf Grund der Strukturen in der Verwaltung (vertikale Hierarchien), schwer umzusetzen, gleichzeitig jedoch unumgänglich! Der von der Stadt Wiener Neustadt eingeschlagene Weg der

Verankerung der Integrationsthematik in der Verwaltung ist notwendig, beizubehalten und laufend auszubauen.

9 Wirtschaftliche Ressourcen

Nilgül RAEKE, Mingo Migrant Enterprises der Wirtschaftsagentur Wien

Beispiel: Kooperation mit migrantischen UnternehmerInnen

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn AkteurInnen der Wirtschaftspolitik vorhandene und zukünftige **Potenziale von Zuwanderung kennen** und zur **Förderung von Lebensqualität** in der Region nützen.



Studien haben ergeben, dass ein Drittel der Wiener Unternehmen einen Migrationshintergrund haben und dass migrantische Unternehmen ein erhebliches Wissensdefizit über die bestehenden Förder- und Beratungsangebote haben.

Um diese Unternehmen zu unterstützen, hat die Wirtschaftsagentur im Mai 2008 das Projekt Mingo Migrant Enterprises ins Leben gerufen. Diese Unternehmensbetreuung orientiert sich ausschließlich an den Bedürfnissen migrantischer Unternehmen.

Für GründerInnen und Gründer und KMUs mit Migrationshintergrund bieten wir: mehrsprachige Beratungen, Unterstützung auf dem Weg zur Selbständigkeit, sowie Vernetzung mit den Experten und Entscheidungsträgern aus den Wirtschaftsinstitutionen der Stadt Wien.

Der Begriff „MINGO“ ist eine Abkürzung vom „move in and grow“. Das Projekt Mingo begann mit der Vermietung von kleinen und kostengünstigen Büros mit kompletter Infrastruktur an GründerInnen, Einpersonen-Unternehmen, Kleinstbetriebe und neue Selbständige, die dort ihre Geschäftsidee umsetzen und weiterentwickeln können. Derzeit bietet die Wirtschaftsagentur Wien an acht Standorten Mingo Büros an.

Mingo Serviceleistungen

2008 wurde das Angebot des Projektes um Mingo Services erweitert – Mingo Migrant Enterprises, Mingo Gründungscoaching, Mingo Academy, Mingo Innovationsmanagement und Mingo Grätzelmanagement.

Mit dem Mingo Gründungscoaching bieten wir für GründerInnen, neue Selbständige, Einperson-Unternehmen und UnternehmerInnen mit migrantischem Hintergrund kostenlose individuelle Beratungsgespräche im Umfang bis zu sechs Stunden an. Die GründerInnen bekommen Hilfestellung bezüglich der Erstellung eines Business-Plans sowie Informationen über Steuer und Sozialversicherung.

Im Rahmen der Mingo Academy bietet die Wirtschaftsagentur Wien kostenlose Tagesworkshops für zusätzliches unternehmerisches Know-how an.

Mit dem Mingo Innovationsmanagement bieten wir kostenlose Innovationsberatung und Unterstützung, sowie die kostenlose Teilnahme an Innovationsworkshops an.

Grätzelmanagement – für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf im Umfeld der Mingo Büros.

Zu unseren Aktivitäten gehört auch die Informationsveranstaltungsreihe "Mingo Migrant Enterprises Business-Frühstück", die wir im Jahr 2009 ins Leben gerufen haben. Jedes Frühstück hat eigene Schwerpunktthemen. Mit dieser Kontaktplattform bieten wir Informationen zu aktuellen Förderprogrammen sowie die Möglichkeit für persönliche Gespräche mit ExpertInnen.

Im Rahmen unseres Kooperationsprojektes mit Bildungsinstitutionen bieten wir die Möglichkeit zur kostenlosen Teilnahme an Fachworkshops mit zweisprachigen TrainerInnen und auch in englischer Sprache für zusätzliches unternehmerisches Know-How an.

Anfragen können per Telefon oder E-Mail gestellt werden, für den persönlichen Kontakt steht das Büro am Montag, Dienstag und Mittwoch jeweils von 09:00 bis 13:00 Uhr für den Kundenverkehr offen. Das gesamte Angebot von Mingo Migrant Enterprises ist kostenlos.

Seit Anfang des Projektes bis Ende 2010 wurde ca. 450 Beratungen durchgeführt. Ein Drittel davon nahm das Gründungscoaching in Anspruch. Die Informationsveranstaltungen sind sehr gut besucht.

Diskussion, Erkenntnisse und Fragen

Was sind die Voraussetzungen, um am Programm teilnehmen zu dürfen?

- Eine Person mit Migrationshintergrund muss eine Gründungsidee haben oder bereits UnternehmerIn sein. In einem Erstgespräch wird dann geklärt, welches Service für die Person geeignet ist und an dieses wird dann weiter vermittelt.

- Das Spezialgebiet von mingo migrant enterprises liegt darin, dass die Beraterinnen und Berater oft zweisprachig sind. Gibt es niemanden, der/die die Sprache der Anfragenden beherrscht so kann auch ein Dolmetscher finanziert werden. Die interkulturelle Kompetenz der BeraterInnen ist besonders wichtig.

Wie hoch ist der Frauenanteil?

- Dieser ist, zugegebenermaßen, niedrig. Aber die Tendenz ist steigend. Derzeit liegt er bei 29 %.

Wie kommen Unternehmen bzw. Personen und mingo zusammen?

- Am Anfang des Projektes wurden Inserate in Migranten-Medien geschaltet und viele Einzelgespräche mit MultiplikatorInnen aus der Szene geführt. Man ist in bestehende MigrantInnen-Netzwerke gegangen und hat dort angeknüpft.

Stimmt es, dass migrantische Unternehmen als Zielgruppe zunächst nur die eigene Community anstreben oder ist das ein Mythos?

- Anfangs stimmt das vielleicht, weil es nicht einfach ist für die UnternehmerInnen. Aber später wird die Zielgruppe erweitert, denn alles Andere wäre wirtschaftlich unklug.

Gibt es Zahlen über den Erfolg der GründerInnen nach zwei Jahren? Sind die Unternehmen dann noch am Markt?

- Darüber liegen noch keine Zahlen vor. Prinzipiell will aber der Großteil der Anfragenden (Anm.: bei mingo) auf jeden Fall gründen.

Können auch Leute aus anderen Bundesländern diesen Service in Anspruch nehmen?

- Unsere Services sind für GründerInnen und KMUs, die in Wien gründen wollen oder ein Unternehmen in Wien haben. Zum Erfahrungsaustausch ja. Wir geben die Informationen gerne weiter. Tatsächliche Förderungen gibt es aber keine.

Gibt es „geographische Schwerpunkte“ (nach Herkunftsländern der GründerInnen)?

- Ausnahmen bestätigen die Regel, aber eine Studie zeigte, dass es tatsächlich Schwerpunkte gibt (z.B. sind im Bau eher Polnische GründerInnen tätig, in der Nahversorgung eher Türkische). Aber diese Studie berücksichtigt Menschen mit Österreichischem Pass nicht und außerdem gibt es eine Vielzahl von Branchen, so dass man es wirklich nicht genau sagen kann. Der Branchenmix ist sehr hoch, auch wenn man das „von außen“ vielleicht nicht bemerkt.

- Anmerkung aus der Runde: In Niederösterreich gibt es das Projekt „Selbständig mit Migrationshintergrund“. Dort wird an der Frage gearbeitet, wie man Gründungen ohne Kulturkonflikte zur Standortentwicklung nutzen kann. Das ist ein großes Thema des Landes.

Steht der Migrationshintergrund bei den Beratungen denn immer im Vordergrund?

- Nein, oft geht es um ganz typische Gründungsfragen

Ist das Ziel, die Angebote an die Zielgruppe heranzubringen gelungen?

- Die Zahlen sprechen dafür, besonders das Coaching wird viel genutzt. Auch die Teilnahme an den Veranstaltungen ist sehr hoch, und es gibt eine Warteliste für die Seminare der VHS Landstraße. Der Zugang zur Beratung ist auf jeden Fall erleichtert.

Was geschieht, wenn mehr als sechs Stunden Coaching oder Beratung benötigt werden?

- Dann kann an die geförderten Unternehmensberatungsangebote verwiesen werden (z.B. WIFI). Wege zu diesen Kursen werden erklärt.

Wie hat man denn die vorgelagerte Studie, die zur Erkenntnis über fehlende Informationen bei Migrantinnen durchgeführt? Wie kam man zu dieser Erkenntnis?

- Es handelte sich um eine KMU Befragung der Förderagentur.

Was sind die Erfolgsfaktoren von mingo migrant enterprises?

- Besonders die interkulturelle Kompetenz der Beraterinnen und Berater und die Vernetzung über bestehende Netzwerke der Migrantinnen und Migranten.

Wie werden die BeraterInnen ausgewählt?

- In erster Linie ist die Beratungskompetenz wichtig. Wenn sie nicht die Muttersprache der zu beratenden Person beherrschen, gibt es Dolmetsch-Unterstützung.
- Mingo kooperiert auch mit SteuerberaterInnen, die inzwischen auch mehrsprachige Angebote haben.
- Wie kam es zu dieser Kooperation? Die Kontakte wurden im Laufe der Zeit geknüpft. Die SteuerberaterInnen kommen jetzt ins Haus, denn sie haben den Markt für sich entdeckt.
- Letzter Kommentar aus der Runde: Wichtig sind auch Kooperationen, z.B. mit dem Diversity Referat der WKO. Der Anfang war schwierig, denn man wollte „Österreichischen Unternehmen“ keine Ressourcen nehmen indem man sie für „MigrantInnen-Unternehmen“ aufbrauchte. Doch inzwischen funktioniert es.

Abschlussstatment Nilgül Raeke

Überraschende Ergebnisse der zwei Diskussionsrunden gab es für mich nicht. Am Ende der zweiten Runde waren wir aber alle einig, dass es zur erfolgreichen Umsetzung von Projekten wie wir sie durchführen, Beraterinnen und Berater mit interkulturellen Kompetenzen bedarf, die pro aktiv in die Community hineingehen und Beziehungen zu offiziellen und inoffiziellen soziale Netzwerken bauen. Im Rahmen unserer Projekte ermöglichen wir für migrantische UnternehmerInnen natürlich auch einen freien Zugang zu bestehenden Förder- und Beratungsangeboten und bieten damit eine Form von Chancengleichheit, deren Wichtigkeit in der Diskussion immer wieder betont wurde.

10 Räumliche Partizipation

Eva GRABHERR, Okay.Zusammen Leben Vorarlberg

Beispiel: Prozess Islamischer Friedhof Vorarlberg

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn Prozesse für die räumliche Etablierung von Zugewanderten entwickelt werden und entsprechende Räume zur Verfügung stehen.



Im Jahr 2011 wird in Vorarlberg ein konfessioneller islamischer Friedhof eröffnet, der zentral im Rheintal gelegen ist und für Muslime aus allen Gemeinden des Landes offen stehen wird. Der Anteil von Muslimen an der Bevölkerung liegt bei rund 10%, das heißt es leben in 93 von 96 Gemeinden Vorarlbergs Muslime. Als eine wichtige Voraussetzung für den guten Verlauf des Prozesses erwies sich der Zusammenschluss aller relevanter islamischen Gemeinschaften (Sunniten und Aleviten) im Land. Dieser Zusammenschluss ist ungeachtet sonstiger Spannungen zwischen einzelnen Gruppierungen möglich geworden. Der Vorarlberger Gemeindebund hat sich für eine landesweite, gemeindeübergreifende Lösung eingesetzt. Eine Vorarlberger Gemeinde hat freiwillig ein Grundstück dafür zur Verfügung gestellt. Der mehrjährige partizipative Prozess, der zu diesem Ergebnis geführt hat, konnte in einem weitgehend homogen katholischen Land, trotz einer in Islam-Fragen tendenziell aufgeregt bis negativen Stimmung, mit einer guten und sachlichen Debattenkultur geführt werden.

Diskussion, Erkenntnisse und Fragen

Die Voraussetzungen

- Der Verein Okay. Zusammen Leben besteht seit 1996. Zu Beginn der Tätigkeit wurden umfangreiche Sondierungsgespräche im ganzen Land durchgeführt, um eine „Wärmelandkarte“ zu erstellen – Wo gibt es „heiße“ Themen und wie sind die unterschiedlichen Reaktionen?

- Das Thema Begräbnisstätte stellte sich bei diesen Sondierungsgesprächen als gemeinsames Anliegen der Vorarlberger Muslime heraus, führte zur Herausbildung eines repräsentativen Organs für diese Gruppe und zu Erfahrungen mit gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen im Zuzugsland.
- Das Thema war geeignet, um die Mehrheitsgesellschaft für die Notwendigkeit der dauerhaften Gestaltung des Zusammenlebens in religiöser Vielfalt zu sensibilisieren.
- Durch eine Studie wurden Wissensgrundlagen aufbereitet, um EntscheidungsträgerInnen inhaltlich umfassend auf das Thema vorzubereiten und alle Fragen zu beantworten. Alle Fragen, die im Zuge der Vorstellung der Studie aufgetaucht sind, wurden beantwortet, teilweise mussten dazu Daten ergänzt werden.
- Das frühe Aufgreifen und die prozessuale Erfassung des Themas stärkten die an einer sachlichen Lösung interessierten AkteurInnen und eine sachliche Debattenkultur.

Die Besonderheiten des Prozesses

- In einem partizipativen, moderierten Prozess wurde durch die direkt Betroffenen – die muslimischen Gemeinschaften und die Kommunen – in einer Arbeitsgruppe ein Empfehlungspapier erarbeitet. Das Papier enthielt mehrere Optionen (z.B. ein Friedhof oder vier Friedhöfe), die verschiedenen Bedürfnissen entsprachen und beschrieb auch die jeweiligen Konsequenzen.
- Der Vorarlberger Gemeindeverband übernahm freiwillig die Verantwortung, das Anliegen voranzutreiben. Die Ergebnisse wurden durch Mitglieder der Arbeitsgruppe in verschiedenen Gemeinden auf Einladung vorgestellt und diskutiert.
- Eine Gemeinde stellte freiwillig ein Grundstück für eine kooperative, gemeindeübergreifende Lösung zur Verfügung. Das Engagement und die Persönlichkeit des Bürgermeisters waren dabei entscheidend.
- Alle Prozessprodukte wurden schrittweise der interessierten Öffentlichkeit vermittelt. Es war für den Erfolg entscheidend, dass in allen Projektphasen viel informiert und kommuniziert wurde.

Weitere Handlungsfelder

- Der Bau eines Friedhofs hat eine funktionale Bedeutung und es gibt hier so etwas wie eine Beißhemmung. Der Bau von Minaretten hat eine symbolische Bedeutung und es gibt hier viel mehr Abwehrreflexe. Okay hat Überlegungen angestellt, wie man diese frühzeitig abfangen könnte, zum Beispiel durch theaterpädagogische Methoden. Erschwerend kommt noch hinzu, dass es innerhalb der Muslime umstritten ist, ob überhaupt auf dieser Ebene ein Anerkennungskampf geführt werden soll.

- Integrationsprozesse sind konflikthaft. Es ist wichtig, Ausweichmöglichkeiten zu schaffen, aber wenn nötig auch in einen Konflikt hinein zu gehen. In der Bewältigung von Konflikten liegt das Potenzial für Anerkennung, aber man muss sehr genau wissen, was man tut.

Abschlussstatement Eva Grabherr

Was mir immer wieder passiert ist, dass ich versuche über unsere Projekte zu sprechen, viele der Fragen sich jedoch auf uns als Akteure beziehen. Das bringt mich dazu, genauer nachzudenken was für ein Akteur wir – der Verein Okay Zusammenleben – eigentlich sind:

Wir haben uns jeden Auftrag selber geholt, wir haben Aufträge vorbereitet und man hat uns nie mit einem Auftrag überrascht, sondern, wenn der Auftrag kam, waren wir quasi vorbereitet.

Zum Projekt selber: eine wichtige Erkenntnis ist, wie voraussetzungsreich Partizipationsprozesse sind, wenn man sie mit Gruppen macht, die noch nicht etabliert sind sondern sich in Etablierungsprozessen befinden. Für diese Gruppen ist eigentlich der partizipative Aspekt in einem Projekt schon ein Motor für ihre Etablierung. In der Prozessreflexion wird klar, dass diese Dimension ein Akteur aus dem Regelsystem von vorne herein nicht unbedingt mit abdecken kann bzw. dass es sehr viele Zeitressourcen oder auch Wissen braucht, um das abdecken zu können

11 Kommunikationsräume

Günther KIENAST, Partizipationswerkstatt OG

Beispiel: Entwicklung und Umsetzung des Integrationsleitbildes Niederösterreich

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn Sozial- und Kommunikationsräume vorhanden sind, die positive Erfahrungen in der Begegnung ermöglichen.



Günther Kienast von der Partizipationswerkstatt OG in Niederösterreich wählte als Ansatz für die Diskussion die Leitbildformulierung und thematisierte folgende Problematik: Kommunikations- und Partizipationsräume werden inhaltlich zwar berücksichtigt und geschaffen, gehen aber während des Umsetzungsprozesses verloren bzw. werden nicht belebt. Es stellte sich die Frage: Welche Auswirkungen haben Leitbilder über die Formulierung der Inhalte hinaus? Vor dem Hintergrund von vorhandenen Institutionen, Bearbeitungsebenen, strukturellen Verankerungen und Ressourcen, ist davon auszugehen, dass die Wirksamkeit von Leitbildern sich „irgendwo zwischendrin“ verliert. Konsens herrschte darüber, dass die Wirksamkeit langfristig, wenn nicht ganz verloren, so doch schwierig in Gang zu halten ist. Maßnahmen zur Umsetzung der formulierten Ziele wurden als wichtig befunden. Allerdings - und dies wurde mehrfach unterstrichen - dürfen sie nicht zum Selbstzweck werden. Diskutiert wurde, wie die Inhalte von Leitbildern durch die Umsetzungsprozesse am Leben erhalten werden und darüber hinaus wirksam und produktiv sein können, ohne durch die Bürokratie der Maßnahmen erstickt zu werden.

Die Erfahrungen der DiskussionsteilnehmerInnen haben sich als reichhaltige Ressource abgezeichnet und es wurde deutlich, dass es um eine prinzipielle Herausforderung mit akutem Handlungsbedarf geht. Unterschiedliche Missstände, viel wichtiger aber, viele Ideen und Anregungen wurden artikuliert.

Diskussion, Erkenntnisse und Fragen

Vernetzung von AkteurInnen und Plattformen

- Plattformen für den Erfahrungsaustausch auf informeller Basis könnten eine schnellere und effizientere Vernetzung ermöglichen. Kommunikation würde so nicht „auf dem Weg“ versickern, sondern als immer wieder kehrender Anknüpfungspunkt für weitere Partizipation fungieren. Institutionalisierte Plattformen wurden als schwerfällig, langsam und vor allem überdimensioniert bindend befunden, was an bestimmten Punkten zwar Sinn macht, für die Wirksamkeit von Inhalten aber abträglich sein kann.
- Ein wichtiger Punkt war die Gewinnung von AkteurInnen, die nach der Formulierung des Leitbildes dazu stoßen. Der Grundsatz lautete: Die Steuerungsgruppe muss aus verschiedenen Elementen bestehen und mit den verschiedenen Arbeitsgruppen „an einen gemeinsamen Tisch kommen“.
- Kommunikationsräume zur Integration sollten über das Angebot hinaus stärker forciert werden. Vermittlung, Bindung und Motivation waren hier die Schlagwörter.

Abstimmung zwischen Land und Kommunen

- Eine sinnvollere Abstimmung zwischen den Land-Leitbildern und den Gemeinde-Leitbildern wäre von Vorteil, um die Realisierbarkeit von Maßnahmen und Projekten bei ihrer Erstellung besser mitdenken zu können.
- Problematisiert wurde, dass kleine, räumliche Ebenen Integrationsleitbilder oft als aufgesetzt wahrnehmen und dass die Prioritätenlisten aus der Leitbilderstellung vom Land verändert werden.
- Kritisiert wurde die ausschließliche Ziel- und Ergebnisorientierung der Bürokratie, die bezüglich der Prozesshaftigkeit von Integration nicht unbedingt gewinnbringend ist. Ein Lösungsansatz aus der Praxis dafür ist es, Schritte im Prozess als Produkte zu verkaufen.

Zusammenfassende Themen

- Thematisiert wurden auch die existierende Ausländerfeindlichkeit und ein diesbezüglicher Handlungsbedarf. Das Verständnis dafür, dass die Zielgruppe von Leitbildern „wir alle“ sind muss geschärft werden. Für bestehende Konflikte im und um Raum sollte es besonders geschulte MediatorInnen geben.
- Zusammenfassend wurde in dieser Runde nach einer stärkeren, integrativen Vernetzung von Kommunikationspartnern verlangt. Vor allem im informellen Bereich kann die Frequenz von Kommunikation und Partizipation erhöht werden, indem man vorhandenen Strukturen und Ressourcen nutzt. Lokale Netzwerke müssen anerkannt und forciert werden. Leitbilder sind keine Katalysatoren, die aus Chaos integrierte Gesellschaften schaffen. Eine Prozessorientierung ist unbedingt notwendig.

Abschlussstatement Günther Kienast

Eine tief empfundene Erkenntnis ist, dass Partizipation etwas Selbstverständliches ist, das zu Prozessen dazugehört. Wichtig ist auch, dass das Angebot alleine nicht ausreicht, sondern man muss sich überlegen, wie die Menschen wirklich Partizipation wahrnehmen können, wie sie wirklich dazu kommen. Wenn man wirklich mit Menschen ins Gespräch kommen will, ist die Zielsetzung, ist das Anliegen ein anderes.

Die Thematik „Leitbild und wie geht's dann weiter“ führt unweigerlich zu der Frage, wie man endlich in die Umsetzung kommt. Die Umsetzung von Leitbilderergebnissen funktioniert nur dann gut, wenn es gelingt, in vorhandene Strukturen hineinzukommen und diese zu beteiligen. Auf der kommunalen Ebene – besonders in einer ländlichen Struktur wie in Niederösterreich, die nicht auf Strukturen wie in Großstädten zurückgreifen kann - müssen die Menschen draußen dies gemeinsam lösen. Zu den Machtspielen der sogenannten Einheimischen kommt noch die Gruppe der MigrantInnen, die ebenfalls Forderungen stellt. Hier partizipativ vorzugehen – und diese Erkenntnis ist oft zu hören - ist wirkliche Knochenarbeit. Es kommt auf die Menschen an und es kommt sehr stark darauf an, dass man die entsprechenden Strukturen zur Verfügung hat, um partizipative Prozesse durchführen zu können.

12 Entwicklungspartnerschaften

Wilfried BERTSCH, Land Vorarlberg, Abteilung Raumplanung und Baurecht

Beispiel: Partizipative Raumentwicklung

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn kommunikative Prozesse bewusst so gestaltet werden, dass sie vertrauensbildend, potenzial- und lösungsorientiert wirken.



Wilfried Bertsch ist aktiv an zwei Regionalentwicklungsprojekten in Vorarlberg beteiligt, die er in der Arbeitsnische kurz vorstellte und mit den Teilnehmenden diskutierte:

Vision Rheintal: Am Anfang des Projekts Vision Rheintal stand eine Analyse des Rheintals der Gegenwart, auf dessen Basis ein Leitbild für das Rheintal der Zukunft erarbeitet wurde. Das Ziel ist, einen "durchgrüntem" Siedlungsraum zu schaffen in dem eine außergewöhnlich hohe Lebens- und Wirtschaftsqualität herrscht. Folgende fünf Handlungsfelder werden dabei vorrangig bearbeitet: Strukturierte Siedlungen, Lebensader Bahn, Motor Wirtschaft, Räumliches Gleichgewicht und Vernetzter Freiraum. Der Entwicklungsprozess für das Leitbild fand zwischen 2004 und 2006 statt, seit dem Jahr 2007 findet die Umsetzung der erarbeiteten Handlungsmaßnahmen statt. Eine wichtige Voraussetzung in diesem Prozess war, dass es von Beginn an, einen politischen Konsens von allen Parteien gab.

Raumentwicklung Walgau: Im Walgau arbeiten Stadt, Gemeinden und Land daran, die Zukunft des Walgau gemeinsam aktiv zu gestalten. Anders als bei der Vision Rheintal ist in diesem Prozess nicht ein Leitbild Ausgangspunkt der Zusammenarbeit, sondern Gemeindekooperationen aus deren Umsetzung ein Leitbild und Kernsätze entwickelt werden.

Diskussion, Erkenntnisse und Fragen

Folgende Punkte stammen sowohl von Wilfried Bertsch als auch von den Diskussionsteilnehmenden.

Integrations- und Leitbildprozesse

- Integrationsprozesse haben grundsätzlich zwei Produkte: zum einen den Prozess selbst und zum anderen das Ergebnispapier (Leitbild).
- Jene Personen, die direkt an den Prozessen beteiligt sind, profitieren in jedem Fall von der Arbeit und sammeln Erfahrungen. Es ist notwendig, die betroffenen Personen (MigrantInnen) verstärkt in die Prozesse zu integrieren, damit diese ebenfalls einen Nutzen daraus ziehen. Es muss eine Brücke geschlagen werden, sodass die Prozesse in den Alltag integriert werden. Dafür sind neue Werkzeuge und „Gefäße“ notwendig.
- Das Zeitalter der Konzepte gehört der Vergangenheit an, in den Regionen ist eine Erschöpfung in Bezug auf Leitbilder spürbar. Leitbildprozesse sind die Basis, in denen die notwendigen Strukturen geschaffen werden und stellen eine wichtige Lernschleife dar, die nicht zu vernachlässigen ist. Nun gilt es, aktiv an der Umsetzung zu arbeiten. Bei den Beteiligten ist eine große Lust am Handeln und Umsetzen zu spüren, welche genutzt werden muss.
- Integrationsleitbilder und die daraus resultierenden Handlungsfelder wurden in den beiden beschriebenen Projekten in Vorarlberg separat behandelt. Künftig sollen diese beiden Ebenen intensiver miteinander verschränkt werden.

Aufgabe der Raumplaner

- Die Aufgabe der Raumplanung ist es auch, den Raumbegriff um die sozialen Komponenten zu erweitern.

Wichtige Aspekte einer positiven Integration

- Für eine positive Integration ist es wichtig, einen Ausgleich zwischen Bewohnern, Gewerbe, Handel (Nahversorgung) und sonstigen Infrastruktureinrichtungen zu schaffen. Als Beispiel wurde das im Rahmen des Projekts Vision Rheintal aufgenommene „Wohnquartier“ genannt, in dem dieser Ausgleich geschaffen wird und dadurch ein Mehrwert für integratives Wohnen entsteht.
- Zudem ist es essentiell, öffentliche Räume zu schaffen bzw. Freiräume offen zu halten. Das dient dazu, dass der Mensch im Raum/im Ort direkt ankommt und präsent sein kann. Die Freizeitgestaltungsmöglichkeiten von Einheimischen und MigrantInnen sind sehr unterschiedlich, pauschal gesagt geht der Vorarlberger in seiner Freizeit auf den Berg bzw. in die Natur hinaus. MigrantInnen hingegen nutzen öffentliche Räume für gesellschaftliche Zusammenkünfte (z.B. zum Grillen). Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, wurden in

Vorarlberg Generationenparks, Spielplätze und sogenannte Freiluftwohnzimmer, die speziell für Jugendliche gedacht sind, geschaffen. Auf MigrantInnen muss aktiv zugegangen werden, in diesem Fall wurden die Plätze gemeinsam von Architekten mit Jugendlichen, auch mit Migrationshintergrund, gestaltet.

Planung und Raumentwicklung

- Ein gemeinsames Planen ist nicht nur auf der Ebene des öffentlichen Raums und der Ebene des Wohnens unumgänglich, sondern auch auf der Ebene der Arbeitsplätze. Diese sind in Vorarlberg bis dato am schwächsten bedacht worden. In Vorarlberg ist das Thema Integration bereits in den Bereichen „Wohnen“ und „Öffentlicher Raum“ angekommen, nicht jedoch in der Wirtschaft (Arbeitsplätze) und in der Dimension „Sozialer Raum“.
- Eine prekäre Frage stellt oftmals der geeignete Standort für Gebetshäuser dar. Tendenziell werden diese in Österreich eher in peripheren Räumen angesiedelt wodurch auf eine mangelnde Würdigung von Gebetsräumen anderer Religionen ausgedrückt wird. Der Wunsch ist, „Kultusstätten“ in Kerngebieten zu integrieren.
- In Kerngebieten ist ein hoher Nutzungsdruck vorhanden. Daher müssen jetzt Räume für künftige Nutzungen gesichert werden (z.B. öffentliches Grün, Kulturstätten, Orte der Begegnung etc.). In der Realität ist dieser Wunsch jedoch nur schwer umsetzbar.
- Ein weiterer kritischer Punkt in Vorarlberg ist nach wie vor, die Hanggemeinden mit den Talgemeinden zu verweben. In diesem Fall werden nicht vorrangig MigrantInnen angesprochen, sondern die grundsätzliche Trennung zwischen Hang- und TalbewohnerInnen. Diese Problematik ist nicht nur auf Vorarlberg beschränkt, sondern ist auch in anderen österreichischen Regionen aktuell, wie beispielsweise in der Ramsau in der Steiermark. Innergemeinschaftliche Migrationsströme sind nicht immer offensichtlich, da es sich um einen sehr kleinen Raum handelt. Die Herausforderung ist, eine Verbindung zwischen diesen unterschiedlichen BewohnerInnengruppen zu schaffen. Dazu werden in Vorarlberg von den Verantwortlichen die Prozesse und sozialen Bewegungen verfolgt und ein aktiver Dialog initiiert. Ein aktives und langes Zuhören ist dabei ebenso wichtig wie der radikale Respekt.

Zentrale Erkenntnis aus einem Raumentwicklungsprojekt

- Zentrale Erkenntnis eines Raumentwicklungsprojekts in Lustenau ist, dass Erfahrungen zuerst reflektiert und anschließend mit externen empirischen Daten angereichert werden müssen. In sozialen Daten ist das Phänomen der Integration nicht vorhanden. Zum jetzigen Zeitpunkt sind noch große Wissenslücken zu dem Thema Migration im ländlichen Raum vorhanden, diese gilt es in naher Zukunft zu schließen.

Gemeinden, Länder – Kooperation und Ressourcen

- Für Gemeinden ist es unumgänglich, über eine aktive Zuwanderung nachzudenken und sich damit auseinanderzusetzen, wie vermeintlich negative Aspekte der Zuwanderung in positive Aspekte für die Regionalentwicklung umgemünzt werden können. In diesem Fall ist eine enge Zusammenarbeit mit einer Integrationsdienststelle wichtig.
- Grundsätzlich müssen in den Gemeinden, Ländern, etc. Zuständigkeiten generiert werden um in einem weiteren Schritt Budgetmittel zur Verfügung gestellt zu bekommen. Bei diesem Punkt kommen Leitbilder und Konzepte wieder zum Tragen, denn um finanzielle Ressourcen zu akquirieren braucht es klar definierte AkteureInnen und Pläne.
- Ist jedoch in einer Region eine hohe Begeisterung und Motivation vorhanden, dann sind keine hohen finanziellen Ressourcen nötig. Auch mit begrenzten Mitteln können deutliche Akzente gesetzt werden. Besonders wenn es sich um eine bottom-up Initiative handelt und ein hoher Partizipationsgrad vorhanden ist.

Vertikale und horizontale Integration

- Essenziell ist sowohl eine vertikale als auch eine horizontale Integration des Themas. Eine stärkere Verzahnung ist notwendig. Integration ist kein eigenständiges Thema sondern eine Querschnittsmaterie, die in allen Bereichen aufgenommen werden muss, damit der Mensch tatsächlich im Raum ankommt.
- Um die vertikale und horizontale Verknüpfung ständig voranzutreiben, müssen in den relevanten Institutionen Koordinationsstellen für Integration vorhanden sein, in denen eine integrierte Bearbeitung der Themen stattfindet. Das birgt die Herausforderung, dass eine einzige Person hohe Kompetenzen in vielen Themengebieten vorweisen muss.
- Ein Beweis dafür, dass Integration in Vorarlberg ernst genommen wird, ist die Thematisierung bei der Rheintal Konferenz, in der Entscheidungsträger der Landes- und Gemeindepolitik zusammentreffen. Nun gilt es, das Thema weiter und intensiver zu verorten.

Abschlussstatement Wilfried Bertsch

Rückblickend ist mir wieder klar geworden, wie wichtig es war, von Beginn an alle Parteien mit am Tisch zu haben und mit einem politischen Konsens in den Prozess zu gehen.

Eine weitere wichtige Erfahrung bzw. Erkenntnis ist, dass die Menschen mehr Lust haben, an der Umsetzung zu arbeiten, als Leitbilder zu machen. Es muss endlich auch die Vision ankommen, es muss umgesetzt und verankert werden und es muss geehrt werden. Also diese Lust zum Umsetzen sollte genützt werden.

Das Thema Integration ist noch kein Selbstläufer. Es wäre von großem Interesse, jene Themen zu suchen, die sich von alleine weitertragen, auch wenn die finanziellen Ressourcen beschränkt sind.

Integration muss im Sinne einer vertikalen Integration durch alle Ebenen durchgehen, damit die Themen bei den Menschen ankommen. Es sind alle Themen aufzurufen und diese horizontale Integration muss tatsächlich stärker verortet werden, sie muss räumlich spürbar werden.

INTEGRIEREN durch KOOPERIEREN

1.3 Abschlussstatement

Wolf HUBER, Bundeskanzleramt; Abteilung Koordination - Raumordnung und Regionalpolitik



In Anbetracht der Fülle an interessanten Beiträgen gestern und heute würde ein Versuch, die ganze Tagung zusammenzufassen, den Zeitrahmen sprengen. Ich möchte daher im Folgenden nur einige Punkte herausgreifen.

VertreterInnen der Integrationspolitik haben darauf hingewiesen, dass die Begriffe „Integration“ und „Diversität“ hinterfragt werden müssen. Beim Begriff „Raum“ ist es ebenso. Es gibt bestimmte Professionen und Institutionen, die tragen „Raum“ im Titel. Daher ist für sie Raum etwas ganz Wichtiges, weil der Begriff ihren Job und ihre institutionelle Zuständigkeit beschreibt. Die VertreterInnen dieser explizit raumbezogenen Professionen glauben meistens, sie haben allein den Raumbezug gepachtet und alle anderen seien nicht räumlich. Die Veranstaltung hier hat gezeigt, dass natürlich auch die Integrationsszene einen Raumbezug hat: ob das jetzt Lebenswelten oder Milieus sind, die genannt wurden, Unterschiede zwischen Stadt und Land und irgendwelchen Raumtypen dazwischen, die man bei der Arbeit berücksichtigen sollte. Das sind auch alles Raumbezüge, die genauso wichtig sind. Insofern ist der Unterschied zwischen den beiden Szenen, die wir hier versucht haben zusammen zu bringen, gar nicht so sehr die Frage, ob Raum oder nicht Raum.

Ich sehe vielmehr zwei Unterscheidungen: Eine Unterscheidung, die sich auch hier durchzieht, ist, dass die Integrationspolitik eine Politik ist (wie etwa auch die Genderpolitik oder Jugendpolitik oder Seniorenpolitik), die auf eine ganz bestimmte Zielgruppe abzielt, d.h. auf eine Teilmenge der Bevölkerung – egal ob die jetzt als fremde Staatsbürger oder Menschen, die im Ausland geboren sind oder andere Religionen haben, wie immer sonst definiert ist. Dagegen haben die Raumpolitiken, d.h. die Raumplaner und Regionalpolitiker, in der Regel die Gesamtheit der BürgerInnen und – zumindest nach ihrem Grundverständnis – das Allgemeinwohl im Auge. Natürlich, wenn man genauer hinschaut (und das ist, glaube ich, auch in den Diskussionen gestern und heute zum Ausdruck gekommen), steht da eigentlich schon ein bestimmter „Normalbürger“ im Vordergrund. Die Unterschicht bleibt ausgeblendet, die Oberschicht bleibt meistens auch ausgeblendet, taucht allenfalls als Feindbild auf. Im Vordergrund steht der mittelständische Inländer. Aber vom Anspruch her sind das doch Politikbereiche, die eigentlich das Gesamte im Auge haben sollen.

Eine weitere Unterscheidung ist wichtig und das betrifft beide Gruppen, die hier im Raum sitzen: Zum einen befassen wir uns mit allgemeinen Strategien, Visionen, Zielen, die – ob jetzt mit räumlichen Kategorien versehen oder nicht - meistens doch relativ abstrakt sind. Wie sich

hier gezeigt hat, wird es aber erst dann wirklich interessant, wenn die großen Strategien, Visionen und Ziele letztlich herunter gebrochen werden in ganz konkrete Aktionen von ganz konkreten Menschen. Diese Aktionen haben fast immer einen ganz klaren räumlichen Bezug, ob sie jetzt so benannt werden oder nicht. Das gilt auch, wenn wir ein österreichisches Raumentwicklungskonzept machen, da haben wir genau das gleiche Problem. Wir haben auch dort die Debatten: Kann man das überhaupt visualisieren, kann man das räumlich verorten? Meistens nicht, weil die Zielsetzungen, die da drin stehen, die gelten meist für Vorarlberg genauso wie für Niederösterreich und für die Schweiz ganz ähnlich wie für Polen. Aber die Umsetzungsmaßnahmen müssen letztlich immer konkret sein. Das gilt für wahrscheinlich für die Integrationspolitik genauso: Ich kann es abstrakt formulieren, aber wie die Beispiele gezeigt haben, erst in der konkreten Umsetzungsmaßnahme vor Ort zeigt sich, wie das Ganze funktioniert. Ob das jetzt ein Friedhof in Vorarlberg ist oder ob das die Probleme des Zusammenlebens in einer bestimmten Wohnhausanlage in der Gemeinde X sind, dort ist es eigentlich, wo die Integration wirklich zum Tragen kommt. Und vor dieser Herausforderung stehen wir beide, sowohl die Raumprofessionen als auch die Integrationspolitik: Wir müssen konkret werden, sonst bleibt das Ganze letztlich nur leeres Gerede. Und dieses Konkret-Werden, das geht nur mit den betroffenen Menschen. Da genügt es nicht, dass sich irgendwelche Experten oder die hohe Verwaltung zusammensetzen und irgendwelche Konzepte machen. Die konkreten Maßnahmen müssen mit den Leuten konzipiert werden, da muss um Verständnis geworben werden. Hierfür haben wir heute sehr gute Beispiele gefunden. Wichtig ist es, dass man mit den Leuten redet und wie man mit den Leuten redet. Wenn die Bürger nicht mitgehen, dann gibt es Widerstand und Konflikte und dann funktioniert das Ganze nicht.

Unsere Abteilung im Bundeskanzleramt versteht sich eigentlich auch als Scharnier. Wir haben unsere Rolle immer darin gesehen, Leute zusammen zu bringen, Leute aus verschiedenen Fachbereichen, die von selbst schwer eine Kommunikationsbasis finden, zu Themen, bei denen es wichtig wäre, eine solche Kommunikationsbasis herzustellen. Genauso wichtig ist diese Kommunikationsbasis zwischen der EU Ebene, der Bundes- und Landesebene und der kommunalen Ebene vor Ort. Wenn wir auf der Bundesebene (oder gar auf EU-Ebene) sinnvolle Strategien fahren wollen, brauchen wir die Erfahrungen vor Ort, ohne die wird das Ganze blutleer.

Umgekehrt ist das Einzelprojekt allein hübsch und schön, aber damit daraus eine „Policy“ wird, ist es notwendig, die einzelnen Projekte miteinander zu verknüpfen, Erfahrungen auszutauschen, einzelne gute Erfahrungen aus Pilotprojekten zu „mainstreamen“, wie das neudeutsch heißt. Was bei dieser Tagung auch mehrfach angesprochen worden ist: diese Kommunikation braucht Leute, die sich professionell darum kümmern, Personen und Institutionen, die das managen. Das können intermediäre Organisationen sein oder Dienststellen eines Ministeriums oder eines Bundeslandes, aber die Kommunikation passiert nicht von selbst, sondern braucht jemanden, der das professionell initiiert und weitertreibt. Es genügt auch nicht, dass diese Kommunikation einmal stattfindet, dann wird irgendein Papier geschrieben und dann ist die Sache wieder erledigt, sondern das muss ein fortdauernder Prozess sein.

Eine Schwierigkeit, die wir bei dieser Veranstaltung gesehen haben, besteht darin, dass sich das Ganze sehr schnell ausdifferenziert und sehr komplex wird. Dann verliert man rasch den Überblick. Es bedarf daher immer wieder auch der Komplexitätsreduktion, der Vereinfachung,

der Verallgemeinerung, die dann natürlich wieder einige der notwendigen Differenzierungen abschleift. Das ist aus zwei Gründen notwendig: auf der einen Seite um überhaupt zu einer Entscheidung zu kommen und auf der anderen Seite um die getroffenen Entscheidungen oder Erfahrungen nach außen kommunizieren zu können. Da kommt es auch vor, dass bei diesem Bemühen um Komplexitätsreduktion, d.h. um vereinfachte Sichtweisen, das scharfe Urteil durch das Vorurteil ersetzt wird oder das Wissen durch Glauben. Oder – wie Herr Perchinig in seinem Referat gesagt hat – da kommt dann die Astrologie herein oder der Glaube an quantitative Modelle und an simple Patentrezepte, die es in der Praxis so nicht gibt. Damit muss man in diesen Kommunikationsprozessen immer wieder umgehen, es ist ein ständiges Abtasten zwischen notwendiger Differenzierung und notwendiger Vereinfachung.

Wenn ich jetzt sage, Kommunikation bleibt eine permanente Aufgabe, möchte ich mit der Frage schließen: Wie geht's jetzt weiter? Wie sollte das Follow-Up dieser Veranstaltung aussehen?

Dass wir uns als Abteilung, die für die Koordination der Raumordnung und der Regionalpolitik in Österreich zuständig ist, hier mit dem Thema Integration beschäftigt haben, hängt eng damit zusammen, dass dieses Thema bei den derzeit laufenden Vorarbeiten für ein Österreichisches Raumentwicklungskonzept (ÖREK 2011) als wichtig identifiziert wurde. Es gibt dazu den Beschluss, das ÖREK 2011 selbst - das ein kurz gefasstes Policy Paper sein wird - durch sogenannte *Umsetzungspartnerschaften* zu ergänzen. Wir haben als Bundeskanzleramt die Absicht, an dem Thema Integration dran zu bleiben, und sind auf der Suche nach geeigneten PartnerInnen, die gewillt sind mit uns dieses Thema in den nächsten Jahren weiter zu treiben. Einige der PartnerInnen, die wir im Auge haben, sitzen auch hier im Raum. Ich bin da guten Mutes, dass wir entsprechende geeignete PartnerInnen finden werden, mit denen wir gemeinsam daran arbeiten können, dass das Ganze konkreter wird. Es gibt dazu parallel auch den nationalen Aktionsplan für Integration. Was wir in welcher Schiene spielen, oder ob wir sozusagen „mit zwei Hüten auf“ dieselben Prozesse fahren, das werden wir erst sehen. Wir haben diese Frage auf unserem Bundestisch vorher auch besprochen, das ist noch nicht ausdiskutiert, das wird eine Frage der politischen Opportunität und der Synergien sein, wie effizient man diesen Prozess gestalten kann.

Zuletzt möchte ich noch sagen, es braucht dafür entsprechende Governance Modelle. Es gibt Wissensressourcen – das haben wir heute festgestellt – es wurde auch darauf hingewiesen, dass es auch im Ausland Institutionen gibt, die sich mit dieser Frage beschäftigen. Wir haben noch nicht die Patentlösung, wie wir's genau angehen werden, aber nachdem wir uns mit Fragen der Governance auch immer wieder intensiv beschäftigen müssen, werden wir das im Auge haben. Wir werden auch da noch zu prüfen haben, welche geeigneten Formen wir nützen können, um das dezentral ja offensichtlich breit verfügbare Wissen besser zu nutzen und für alle Beteiligten und InteressentInnen zugänglich zu machen.

Damit bin ich am Ende. Ich hoffe, dass viele von ihnen, die sich für das Thema interessieren, hier am Ball bleiben und sich in die Netzwerke einklinken.

1 4 Organisation

Konzeption und Organisation **ARGE Integrationsberatung** des „Forum Integration im Raum“
im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4



Sabine AYDT, Donau Universität Krems

Leo BAUMFELD, ÖAR Regionalberatung

Franjo STEINER, Interkulturelles Zentrum



Kontakt

Franjo Steiner

Interkulturelles Zentrum

Integration & Interkulturelle Bildung

Lindengasse 41/10, 1070 Wien, Austria

T: +43 1 586 75 44 - 14

M: +43 (0) 664 150 30 90

F: +43 1 586 75 44 -9

E: franjo.steiner@iz.or.at

[ARGE Integrationsberatung](#)

15 Anhang

Programm

Forum Integration im Raum

Dialog zur Raumrelevanz der Integrationspolitik

Vom 16. – 17. Dezember in Wien

16. Dezember	Program m	1. Tag
ab 11:00h	Ankommen und Registrierung	
ab 12.00h	Buffet	
13:00h	Begrüßung und Einführung <i>Wolf HUBER, Bundeskanzleramt IV/4</i>	
Teil 1: Das Thema abstecken		
13:20	<p><u>Überblick:</u> Welche Realitäten und Herausforderungen einer pluralistischen, von Migration geprägten Gesellschaft sind für Raumentwicklung relevant?</p> <p><i>Heinz FASSMANN, Universität Wien, Inhaltlicher Koordinator</i></p> <p><i>Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2011 (ÖREK 2011)</i></p> <p><u>Perspektive Integration:</u> Worin kann der Beitrag von Raum- und Regionalpolitiken zu erfolgreichen Integrationsprozessen bestehen?</p> <p><i>Theodora MANOLAKOS, MA17, Integration und Diversität, Wien</i></p> <p><u>Perspektive Raum:</u> Wie können in der Raumentwicklung die Bedürfnisse einer pluralistischen Gesellschaft berücksichtigt werden?</p> <p><i>Thomas MADREITER, MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung Wien</i></p>	

	Dialog 1
15:15h	Pause
Teil 2: Gestaltungsmöglichkeiten finden	
15:40h	<p>Paneldiskussion zu den Gestaltungsmöglichkeiten auf Gemeinde-, Länder- und auf Bundesebene, mit</p> <p>Georg SCHADT, Bundeskanzleramt IV/4, Gesprächsleitung</p> <p>Gudrun BIFFL, Donau-Uni-Krems, Perspektive Arbeit</p> <p>Eva GRABHERR, Vorarlberg, Perspektive Umsetzung Integrationsleitbild</p> <p>Kenan GÜNGÖR, Integrationsberater, Perspektive Integrationspolitik</p> <p>Klaus LUGGER, Gemeinnütziger Wohnbau Tirol, Perspektive Wohnen</p> <p>Günter SCHEER, ÖAR-Regionalberatung GmbH, Perspektive Regionalentwicklung und -beratung</p> <p>Erika SCHMEISSNER-SCHMIDT, Innsbruck, Städtebund, Perspektive Stadtplanung und örtliche Raumordnung</p> <p>Erol YILDIZ, Universität-Klagenfurt, Perspektive Potenzialorientierung</p> <p>Dialog 2</p>
17:00	Lernaustausch in Bundesländergruppen
17:30	Gemeinsamer Abschluss
17:45	Ende

17. Dezember	Program m	2. Tag
09:00h	Einstimmen in den Tag ExpertInnen geben Feedback zum 1. Tag Bernhard PERCHINIG , <i>Perspektive Integration</i> Sybilla ZECH , <i>Perspektive Raumentwicklung</i>	
Teil 3: Gute Beispiele		
09:35h	Die Landkarte für gute Beispiele Sabine AYDT , <i>Donau-Universität Krems</i> Auskünfte zu guten Beispielen in parallelen Arbeitsnischen 1. Maria ZWICKLHUBER , <i>Wiener Neustadt, Integration als Querschnittsmaterie der Stadtverwaltung</i> 2. Nilgül RAEKE , <i>Mingo Migrant Enterprises der Wirtschaftsagentur Wien</i> 3. Eva GRABHERR , <i>Okay.Zusammen Leben: Prozess Islamischer Friedhof Vorarlberg</i> 4. Günther KIENAST , <i>Partizipationswerkstatt OG; Integrationsleitbild und wie weiter?, Niederösterreich</i> 5. Wilfried BERTSCH , <i>Land Vorarlberg, Abteilung Raumplanung und Baurecht: Integrative Raumentwicklung? – Ergebnisse einer Selbstbefragung</i>	
11:10	Pause	
11:30	Nachlese durch die ExpertInnen der guten Beispiele	
Teil 4: Integrieren durch kooperieren		
11:45	Bundesländer und BundesakteurInnen Die Möglichkeiten und Erfordernisse der Zusammenarbeit zwischen den Funktionssystemen und Ebenen (Gemeinde, Region, Land, Bund) ermitteln und Entwicklungswege skizzieren.	
12:30h	Zusammenfassen von Erkenntnissen und Ansätzen für Kooperationen Abschlussstatement Wolf HUBER , <i>Bundeskanzleramt IV/4</i> Abschluss	
13:00	Ende	

Thesenpapier: Forum Integration im Raum

Dialog zur Raumrelevanz der Integrationspolitik 17. Dezember 2010, Europahaus Wien

Zuwanderung ist zu einer zentralen Größe des demografischen Wandels in Österreich geworden. Damit gewinnt die Integrationspolitik als wichtiger Bezugspunkt für wirtschaftliche, gesellschaftliche und raumbezogene Entwicklungsstrategien zunehmend an Bedeutung. Mit Ausnahme der Bereiche Wohnungs- und Stadtteilpolitik finden die raumbezogenen Herausforderungen der Integrationspolitik, die längst über die städtischen Großräume hinausgehen, jedoch im Rahmen der Raum- und Regionalentwicklungspolitik noch wenig Beachtung.

Ziel der Veranstaltung des Bundeskanzleramtes, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, ist daher, einen Dialog zwischen den Akteuren der Raumpolitiken und der Integrationspolitik zu eröffnen, der über anlassbezogene Maßnahmen auf lokaler bzw. städtischer Ebene hinausgeht. Raumwirkungen, Konfliktzonen und Bedürfnisse einer zunehmend vielfältigeren und von externer Zuwanderung geprägten Gesellschaft sollen hierbei ebenso beleuchtet werden, wie die Bedeutung der Integrationspolitik für kommunale und regionale Entwicklungsplanungen und Standortpolitiken. Dies soll anhand erfolgreicher Beispiele der Verankerung der Integrationspolitik als Querschnittsmaterie auf kommunaler Ebene verdeutlicht werden.

Die Initiative des Bundeskanzleramtes zu dieser Veranstaltung steht in engem Zusammenhang mit den Arbeiten am *Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011 (ÖREK 2011)*, das vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen in Österreich erstmals eine Brücke zwischen Raum- und Integrationspolitik schlägt. Weiters soll mit dem Forum ein Schritt zur Umsetzung jener Maßnahmen im Handlungsfeld "Wohnen und die regionale Dimension der Integration" des *Nationalen Aktionsplanes Integration* gesetzt werden, für die das Bundeskanzleramt Verantwortung übernommen hat.

Die Einladung richtet sich insbesondere an TrägerInnen, AkteurInnen oder AnsprechpartnerInnen der Raumpolitiken und der Integrationspolitik auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene, und an Mitwirkende an der Erarbeitung des *Österreichischen Raumentwicklungskonzepts*, des *Nationalen Aktionsplanes Integration* oder an der Umsetzung regionaler und kommunaler Integrationsleitbilder und -strategien.

Perspektiven der Integrations- und der Raumpolitiken: Ergebnisse einer Befragung

Zur Frage der Relevanz der Verknüpfung der Perspektiven von Integrations- und Raumpolitiken wurden im Zuge der Vorbereitung der Veranstaltung Interviews mit ExpertInnen aus mehreren Bundesländern geführt.

Die AnsprechpartnerInnen für [Integrationspolitik](#) auf Landesebene begrüßen einen Dialog, der von einem kulturzentrierten Diskurs weg zu gesamtheitlichen Analysen und Konzepten führt, die von lokalen/ regionalen Lebenswelten ausgehen. Dabei wird ein Bedarf nach Überblick,

Orientierung und Erfahrungsaustausch über alle Kompetenzebenen hinweg festgestellt. Regionale Ansätze in der Integrationspolitik existieren in einigen Ländern bereits. Erfolgreich sind hierbei insbesondere Kompetenzzentren, die Standards entwickeln, die dann lokal umgesetzt werden können. Ausschlaggebend für die Akzeptanz sind die Qualität der Kommunikation und gelingende Projekte, die Vertrauen in positive Gestaltungsmöglichkeiten schaffen. Dies wird als erforderlich erachtet, um auch auf schwierige oder akut auftretende Fragen reagieren zu können. Für eine pro-aktive, an den Potenzialen von Zuwanderung orientierte Standort- und Regionalentwicklungspolitik bedarf es aus Sicht der IntegrationsexpertInnen eines veränderten Selbstverständnisses regionaler AkteurInnen, das Aspekte der sozialen Vielfalt und Komplementarität umfasst. Strategische Partnerschaften zwischen Verwaltungen, Unternehmen, Wohnungswirtschaft und Beratungseinrichtungen könnten hier richtungsweisende Entwicklungskonzepte erstellen und konstruktiv mit politischen AkteurInnen zusammenarbeiten. Für ein Mainstreaming von Integrationspolitik empfiehlt sich ein Mehrebenen-Ansatz, der die Verantwortlichen aller Kompetenzebenen von den Kommunen bis zur Europaebene einbezieht.

Die AnsprechpartnerInnen für **Raumpolitik** auf Landes- und regionaler Ebene wollen den Dialog unterstützen, der in den Bundesländern unterschiedlich intensiv und breit geführt wird. Die Verantwortlichen der Raumpolitik sehen mehrere Interventionsebenen für ihren spezifischen Beitrag zu einer erfolgreichen Integrationspolitik: Auf der Ebene der lokalen und regionalen Entwicklung gibt es bereits vielfältige Erfahrung mit strategischer Leitbildentwicklung und partizipativen Planungsprozessen, die auch in die Integrationspolitik eingebracht werden können oder bereits eingebracht wurden. In der Raumordnung im engeren Sinne überwiegt hingegen meist noch Unsicherheit hinsichtlich klarer Bezüge zur Integrationspolitik. Gleichzeitig wird aber auch die Hypothese vertreten, dass gerade im Bereich der Raumordnung Potenziale schlummern, die bislang nicht ausreichend für die Integrationspolitik fruchtbar gemacht werden konnten. Daher besteht bei den AkteurInnen der Raumpolitik grundsätzlich Bereitschaft und Interesse, auch in ihren Handlungsfeldern Verantwortung für nachhaltig erfolgreiche Integrationsprozesse zu übernehmen. Entsprechend hohe Bedeutung wird daher dem gemeinsamen Lernen und Handeln auf den verschiedenen Ebenen und zwischen den Funktionssystemen (Raumordnung, Regionalentwicklung, Integrationspolitik) zugeschrieben.

Die leitenden Fragen für die Veranstaltung

Diese Beobachtungen und die Reflexion von Zusammenhängen zwischen Migration und der räumlichen, wirtschaftlichen sowie sozialen Entwicklung von Regionen und Gemeinden mündeten in folgende Leitfragen:

- Welche Realitäten einer pluralistischen, von Migration geprägten Gesellschaft sind für Raum- und Regionalentwicklung relevant?
- Welche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet eine an den Potenzialen von Zuwanderung orientierte Raumpolitik?
- Wie können in der Raumentwicklung die Bedürfnisse einer pluralistischen Gesellschaft berücksichtigt werden?

- Was können Raum- und Regionalentwicklung zu einem erfolgreichen Integrationsprozess beitragen?
- Welcher Instrumente, welcher Kooperationen bedarf es, um Integration im Raum konstruktiv zu gestalten?
- Welche interkulturellen Kompetenzen benötigen Menschen, die in der Raum- und Regionalentwicklung tätig sind?

Arbeitshypothesen zu den Gestaltungsmöglichkeiten

Aus einer umsetzungsorientierten Perspektive lassen sich die Gestaltungsmöglichkeiten von Integrationspolitik vier grundlegenden *Dimensionen* zuordnen. Diese betreffen sowohl die Gestaltung von Strukturen als auch von Prozessen:

- Die Ausgestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen
- Der Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen
- Die Möglichkeiten gesellschaftlicher und politischer Partizipation
- Die Kommunikationskultur

Im Sinne eines Querschnittsansatzes ist davon auszugehen, dass Raum- und Regionalentwicklungspolitiken ihre Maßnahmen in Bezug auf all diese Dimensionen überprüfen müssen, wenn sie die Potenziale des Zusammenlebens in einer pluralistischen, von Zuwanderung geprägten Gesellschaft ausschöpfen möchten. Für die Veranschaulichung von Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Veranstaltung wurden daher „good practices“ aus all diesen Dimensionen ausgewählt. Damit werden auch entsprechende Arbeitshypothesen zur Diskussion gestellt.

Ad 1) Recht und Verwaltung

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn Integrationspolitik in der Verwaltung als Querschnittsmaterie etabliert ist und entsprechende Strukturen und Kompetenzen geschaffen werden.

Beispiel: Integrationsbeauftragte in der kommunalen Verwaltung
Maria Zwicklhuber, Wiener Neustadt

Ad 2) Wirtschaftliche Ressourcen

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn AkteurlInnen der Wirtschaftspolitik vorhandene und zukünftige Potenziale von Zuwanderung kennen und zur Förderung von Lebensqualität in der Region nützen.

Beispiel: Kooperation mit migrantischen UnternehmerInnen
Mag. Nilgül Raeke, Mingo, Wiener Wirtschaftsagentur

Ad 3) Räumliche Partizipation

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn Prozesse für die räumliche Etablierung von Zugewanderten entwickelt werden und entsprechende Räume zur Verfügung stehen.

Beispiel: Prozess Islamischer Friedhof
Dr. Eva Grabherr, Okay Zusammenleben, Vorarlberg

Ad 3) Entwicklungspartnerschaften

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn räumliche Entwicklungsprozesse bewusst so gestaltet werden, dass sie integrativ, vertrauensbildend, potenzial- und lösungsorientiert wirken.

Beispiel: Partizipative Raumentwicklung Rheintal
Dr. Winfried Bertsch, Amt der Landesregierung, Vorarlberg

Ad 4) Kommunikationsräume

These: Integration als Raum- und Regionalentwicklungsfaktor wird dann berücksichtigt, wenn Sozial- und Kommunikationsräume vorhanden sind, die positive Erfahrungen in der Begegnung ermöglichen.

Beispiel: Entwicklung und Umsetzung Integrationsleitbild Niederösterreich
Dr. Günther Kienast, Partizipationswerkstatt OG, Niederösterreich

Ausblick

Die Ergebnisse der Veranstaltung werden dokumentiert und allen TeilnehmerInnen zur Verfügung gestellt. Sie werden in die weiteren Arbeiten zum *Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011* und zum *Nationalen Aktionsplan Integration* einfließen. Sie stehen aber vor allem auch allen AkteurInnen für eventuelle regionale oder überregionale Kooperationen und Folgeveranstaltungen zur Verfügung.

TeilnehmerInnen

Vorname	Nachname	Organisation	E-Mail
Sevim	Aksakalli	Österreichischer Städtebund	sevim.aksakalli@staedtebund.gv.at
Volker	Atteneder	Volkshilfe, Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung	volker.atteneder@volkshilfe-ooe.at
Karl. G.	Becker	Regionalmanagement Österreich	office@rm-austria.at
Wilfried	Bertsch	Amt der Vorarlberger Landesregierung	wilfried.bertsch@vorarlberg.at
Gudrun	Biffel	Donau-Universität Krems	gudrun.biffel@donau-uni.ac.at
Andrea	Binder-Zehetner	Verein Lokale Agedena 21, Wien	binder-zehetner@LA21wien.at
Manfred	Bruckmoser	Bundeskanzleramt, Abt. IV/4	manfred.bruckmoser@bka.gv.at
Stefan	Burtscher	Stadtplanung Dornbirn	stefan.burtscher@dornbirn.at
Sabine	Christian	Stadtgemeinde Kapfenberg	technik@kapfenberg.at
Thomas	Dax	Bundesanstalt für Bergbauernfragen (BABF)	thomas.dax@babf.bmlfuw.gv.at
Alexandra	Deimel	Bundeskanzleramt, Abt. IV/4	alexandra.deimel@bka.gv.at
Murat	Düzel	Niederösterreich Landesakademie, Integrationservice NÖ	murat.duezel@noe-lak.at
Heinz	Fassmann	Universität Wien	heinz.fassmann@univie.ac.at

Vorname	Nachname	Organisation	E-Mail
Georg	Fellner	Magistrat der Stadt Wien - Wohnbauforschung	georg.fellner@wien.gv.at
Luis	Fidschuster	–ÖAR Regionalberatung GmbH	fidschuster@oear.at
Alexandra	Fischbach	Amt der Burgenländischen Landesregierung, Ladesamts- direktion - Raumordnung	alexandra.fischbach@bgld.gv.at
Michael	Fischer	ÖAR Regionalberatung GmbH	fischer@oear.at
August	Gächter	Zentrum für Soziale Innovation	gachter@zsi.at
Ilse	Göll	Bundeskanzleramt , Abt. IV/4	ilse.goell@bka.gv.at
Eva	Grabherr	okay.zusammen le- ben/Projektstelle für Zuwande- rung und Integration	eva.grabherr@okay-line.at
Hans Peter	Graß	Friedensbüro Salzburg	grass@friedensbuero.at
Milena	Grossauer	PlanSinn G.m.b.H.	grossauer@plansinn.at
Marika	Gruber	Fachhochschule Kärnten	m.gruber@fh-kaernten.at
Kenan	Güngör	[difference:] Büro für Gesell- schaftsanalyse. Innovation. Integration	k.guengoer@think-difference.org
Beatrix	Hebenstreit	Französische Botschaft	beatrix.hebenstreit@dgfreson.gouv.fr

Vorname	Nachname	Organisation	E-Mail
Erika	Hess	Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds	erika.hess@waff.at
Gerhard	Hetfleisch	Zentrum für Migranten und MigrantInnen in Tirol	hetfleisch@zemit.at
Ernst	Holzinger	Bundeskanzleramt, Abt. IV/4	ernst.holzinger@bka.gv.at
Clemens	Horak	Magistratsabteilung 18 - Stadt- entwicklung und Stadtplanung	clemens.horak@wien.gv.at
Wolf	Huber	Bundeskanzleramt, Abt. IV/4	wolf.huber@bka.gv.at
Günther	Kienast	Kienast & Kienast Ges.m.b.H.	guenther@kienast-consulting.at
Evelyn	Klein	Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung Wien/ Univer- sität Klagenfurt	evelyn.klein@uni-klu.ac.at
Hans	Knoll	Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Neunkirchen reg.Gen.m.b.H.	hans.knoll@sgn.at
Margit	Kreuzhuber	Wirtschaftskammer Österreich	margit.kreuzhuber@wko.at
Christian	Kubesch	Magistrat der Stadt Wien - Wohnbauforschung	georg.fellner@wien.gv.at
Harald	Ladich	Regionalmanagement Burgen- land GmbH	harald.Ladich@rmb.co.at
Klaus	Lugger	Gemeinnützige Wohnungs GmbH, Neue Heimat Tirol	lugger@nht.co.at

Vorname	Nachname	Organisation	E-Mail
Evelyn	Lukas	Regionalmanagement Österreich	office@rm-austria.at
Thomas	Madreiter	Magistratsabteilung 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung	thomas.madreiter@wien.gv.at
Theodora	Manolakos	Magistratsabteilung 17, Integration und Diversität	theodora.manolakos@wien.gv.at
Wolfgang	Michalek	Zentrum für Soziale Innovation	michalek@zsi.at
Hubert	Mittermayr	Verein Wohnplattform	h.mittermayr@verein-wohnplattform.at
Renate	Müller	Integrationsstelle Oberösterreich	renate.mueller@ooe.gv.at
Carmen	Nardelli	Gesellschaft, Soziales und Integration (IVa), Koordinationsstelle für Integrationsangelegenheiten	carmen.nardelli@vorarlberg.at
Stefan	Obkircher	Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Raumplanung und Baurecht (VIIa)	stefan.obkircher@vorarlberg.at
Ali	Ordubadi	AMS	ali.ordubadi@ams.at
Bernhard	Perchinig	Universität Wien	bernhard.perchinig@chello.at
Elisabeth	Planninger	Integrationsbeauftragte der Stadt Dornbirn	elisabeth.planninger@dornbirn.at
Michael	Putzenlechner	Büro des Bürgermeisters St. Pölten	michael.putzenlechner@st-poelten.gv.at

Vorname	Nachname	Organisation	E-Mail
Nilgül	Raeke	Wirtschaftsagentur Wien	raeke@wirtschaftsagentur.at
Franz	Rüf	Regionalentwicklung Vorarlberg	franz.ruef@telesis.eu
Georg	Schadt	Bundeskanzleramt, Abt. IV/4	georg.schadt@bka.gv.at
Günther	Scheer	ÖAR-Regionalberatung GmbH	scheer@oear.at
Martina	Schmalnauer	Lebensministerium, Abteilung II/3 Nachhaltige Entwicklung und Umweltförderpolitik	martina.schmalnauer@umweltbundesamt.at
Erika	Schmeissner-Schmid	Stadtmagistrat Innsbruck/ Abt. III / Stadtplanung	erika.schmeissner@magibk.at
Cornelia	Schweiner	Politisches Büro LRin Drin Bettina Vollath	cornelia.schweiner@stmk.gv.at
Stephanie	Schwer	Österreichischer Städtebund	Stephanie.schwer@staedtebund.gv.at
Kheder	Shadman	Urbanity, Agentur für soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit	k.shadman@urbanity.co.at
Barbara	Sieberth	Plattform Menschenrechte Salzburg	barbara@sieberth.com
Elisabeth	Stix	Österreichische Raumordnungskonferenz	stix@oerok.gv.at

Vorname	Nachname	Organisation	E-Mail
Edda	Strohmayr	Bundeskanzleramt, Abteilung IV/6	edda.strohmayr@bka.gv.at
Sigrun	Taupe	Magistrat Villach	sigrun.taupe@villach.at
Rüdiger	Teutsch	BM für Unterricht, Kunst und Kultur	ruediger.teutsch@bmukk.gv.at
Kai	Themel	BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	kai.Themel@bmask.gv.at
Karl. G.	Trischler	Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Amt der NÖ Landesregierung	karl.trischler@noel.gv.at
Neslihan	Turan-Berger	Wohnfonds_Wien	neslihan.turan-berger@wohnfonds.wien.at
Josef	Wallner	Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien	josef.wallner@akwien.at
Martin	Weber	Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Neunkirchen	martin.Weber@sgn.at
Andreas	Weiß	Regionalmanagement Niederösterreich	a.weiss@industrieviertel.at
Dietmar	Wipplinger	Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds	dietmar_wipplinger@waff.at
Natalie	Wojtarowicz	BM für Inneres, Sektion III – Recht	natalie.wojtarowicz@bmi.gv.at

Vorname	Nachname	Organisation	E-Mail
Ilse	Wollansky	Amt der NÖ Landesregierung, Abt. Raumord- nung/Raumpolitik	ilse.wollansky@noel.gv.at
Erol	Yildiz	Universität Klagenfurt	erol.yildiz@uni-klu.ac.at
Sybilla	Zech	Technische Universität Wien	sybilla.zech@stadtland.at

Literatur und Links

- AYDT, SABINE/ BAUMFELD, LEO/ BISCHOF, KARIN/ HALBMAJR, BRIGITTE/ STEINER, FRANJO (2010): Die Gestaltungsmatrix – ein Modell zur integrativen Praxis. In Herbert Langthaler (Hrsg.): *Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde* (1. Aufl.) S. 209-228. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag.
- BALDASZTI, ERIKA, KYTIR, JOSEF, MARIK-LEBECK, STEPHAN, WISBAUER, ALEXANDER, FASSMANN, HEINZ (2010): *migration & integration. Zahlen. Daten. Indikatoren* (Broschüre) Wien: Verlag der ÖAW
- BURTSCHER, SIMON (2009): *Zuwandern_aufsteigen_dazugehören. Etablierungsprozesse von Eingewanderten*. (Reihe: transblick, Band 4) Innsbruck-Wien-Bozen: Studien Verlag
- DONAU-UNIVERSITÄT KREMS: Publikationen und Wissenschaftliche Berichte des Departments Migration und Globalisierung,. Zugriff am 02.05.2011 unter <http://www.donauuni.ac.at/de/department/migrationglobalisierung/publikationen/berichte/index.php?URL=/de/department/migrationglobalisierung/publikationen/berichte>.
- GRUBER, MARIKA (2010): *Integrationspolitik in Kommunen. Herausforderungen, Chancen, Gestaltungsansätze*. Wien, Springer
- GÜNGÖR, KENAN (2008): Integration im ländlichen Raum. In Bettina Leibetseder/ Josef Weidenholzer (Hrsg.), *Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen*, S. 135-148). Wien: Braumüller.
- LANGTHALER, HERBERT (Hrsg.) (2010): *Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde* (1. Aufl.). Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag.
- LEIBETSEDER, BETTINA/WEIDENHOLZER JOSEF(Hrsg.) (2008): *Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen*, Wien: Braumüller.
- MUHR, RUFOLF /BIFFL GUDRUN (Hrsg.) (2010): *Sprache – Bildung- Bildungsstandards - Migration. Chancen und Risiken der Neuorientierung des Österreichischen Bildungssystems*, (Österreichisches Deutsch – Sprache der Gegenwart, Bd. 13). Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- OKAY-LINE FÜR ZUWANDERUNG UND INTEGRATION IN VORARLBERG: Forschung und diverse Studien, Zugriff am 02.05.2011 unter <http://www.okay-line.at/deutsch/wissen/forschung-diverse-studien/>
- OSWALD, INGRID (2007): *Migrationssoziologie*, UTB-UVK-Verlagsgesellschaft, Konstanz: UTB
- PETENDRA, BRIGITTE (2005): *Sozialräumliche Integration von Zuwanderern. best-practice-Projekte. Werkstattbericht der Schader-Stiftung*. Zugriff am 02.05.2011 unter http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/498.php
- PERCHINIG, BERNHARD (2009): Von der Fremdarbeit zur Integration? (Arbeits)migrations- und Integrationspolitik in der Zweiten Republik. ÖGL, (53(3)), S. 228-246.
- SCHAEFFER, PAUL (2008): *Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt*, München: Carl Hanser Verlag.
- SINUS SOCIOVISION: Zentrale Ergebnisse der Sinus-Studie über Migranten-Milieus in Deutschland, Zugriff am 02.05.2011 unter http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/MigrantenMilieus_Zentrale_Ergebnisse_09122008.pdf
- YILDIZ, EROL (2008): *Urban Recycling. Integration als Großstadt-Ressource*, Basel: Birkhäuser.
- WALTHER, CLAUDIA/ THAMM, ALEXANDER (2005): Strategien lokaler Integrationspolitik. Zugriff am 02.05.2011 unter http://www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/integration/download/pdf/Strategien_lokaler_Integrationspolitik.pdf